

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Post bezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. Mai 1920

Anzeigenpreis: Beilags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 49

Gehilfenjorgen

Die Betriebsverletzungen von über 10000 im graphischen Gewerbe in Stuttgart beschäftigten Personen erboben am 28. April in einer Versammlung nach Ausführungen des Vorsitzenden Klein einmütigen Protest gegen den Papierwucher und die fortgesetzten Papierpreissteigerungen. Einmütig war die Auffassung, daß endlich die Zeit zum Handeln gekommen ist, soll nicht eine Katastrophe Schlimmstes für die im Gewerbe beschäftigten Personen bringen. Heute schon ist die Arbeitlosigkeit sehr groß; neben Kriegsteilnehmern und Kriegsgefangenen bemühen sich seit Monaten viele vergeblich um Beschäftigung. Kein Wunder, wenn in der Bergwerkslöhne schiefte Urteile entstehen. Die graphischen Berufe hatten mehr denn andre Gewerbe schwer unter den fünf Kriegsjahren zu leiden, und nun nach dem Frieden steht weit Schlimmeres bevor. Die Zeitung als Leitlinie des einfachen Mannes wird maßlos verteuert. Infolge der steigenden Papierpreise läßt der Werkdruck nach, und gute Zeitschriften, ein Stück Kulturleben des deutschen Volkes, sind dem Untergange geweiht. So sehen wir fast ausschließlich eine geistige Verarmung, während Schundliteratur in üppiger Weise gedeiht. In diesem Lande hatten auch noch die Verleger als Hauptauftraggeber mit Aufträgen zurück, und wenn nicht in zwölfer Stunde die maßgebenden Instanzen endlich zu einer Tat sich aufraffen, dann wird Massenelend durch Arbeitslosigkeit und Verkürzungen eine große Zahl Industriearbeiter zugrunde richten. Schon lange haben die berufenen Vertreter ihre Stimmen erhoben, doch alles ist ungehört verhallt. Mehr denn je tut uns heute geistige Kraft ebenso wie wir keine Mäße. Die Zurückhaltung der Aufträge durch die Verleger muß gebrochen, dem Papierwucher endlich der Garaus gemacht werden. Der Papierpreis muß sich in Grenzen bewegen, welche auch dem kleinsten Manne die Erhaltung schöngehaltener Literatur möglich machen. Die Vertreter des graphischen Gewerbes fordern ihr Recht, und der Staat hat die Pflicht, im Interesse der Wissenschaft sowohl als auch in dem der Arbeiterschaft, endlich durchgreifende Maßnahmen zu treffen. Die Vertreter der deutschen Republik setzen in letzter Stunde nochmals gewarnt und auf die dringende Lösung hingewiesen zum Wohl von Tausenden von Arbeitern, zum Wohl der Wissenschaft und damit zum Allgemeinwohl.

Den gleichen Gesichtspunkten klebte sich der Vorstand des Ortsvereins Halle a. d. S. in einer Eingabe an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, um diesen zu veranlassen, die Regierungssstellen auf die drohenden Gefahren für die Allgemeinheit hinzuweisen. Es leitet hier nur die markantesten Gedanken aus jener Eingabe wiedergebend: Der Satz mag in vielen Dingen richtig sein, daß der Arbeitslohn sich der wachsenden Teuerung anpaßt; aber er hat keine natürliche Grenzen, nämlich da, wo der Preis der Erzeugnisse eine Höhe erreicht, die ihre Herstellung nicht mehr als rentabel erscheinen läßt, insbesondere, wenn es sich um Produkte handelt, die nicht unbedingt zum täglichen Leben erforderlich sind. Und zu diesen gehört der Druck von Werken und Zeitschriften, besonders wissenschaftlicher Natur. Wir müssen sehen, daß infolge der ständigen Verteuerung viele, auch gute Zeitschriften eingehen und auch der Werkdruck nachläßt. Die letzten Teuerungszulagen nun, die den Buchdruckerlohn nicht etwa beträchtlich hoch machen, sondern im Gegenteil die Buchdrucker weit hinter vielen andern Berufen zurücklassen, haben die Erscheinung erzeugt, daß die Verlagsbuchhändler, die schon von altersher als die größten Böhrndrucker im gesamten Buchgewerbe (Buchhandels- sowie Buchdruckergehilfen) bekannt sind, als die Hauptauftraggeber der Druckereien mit ihren Aufträgen zurückhalten, ja sogar schon im Satz befindliche Werke zurückziehen. Es steht zu erwarten, daß in diesem Sommer eine solche große Arbeitslosigkeit im Buchdruckerberufe eintreten wird, hervorgerufen durch das Gebahren der Verleger, daß viele Betriebe wohl gänzlich geschlossen werden. Dies ist eine sekundäre Folge der wahnwitzigen Lebensmittelpreiserhöhung. Wir als die berufenen Vertreter unserer Kollegen haben die Pflicht, auf solche drohenden Gefahren aufmerksam zu machen, wenn wir sie erkannt haben, und über Mittel zu deren Abwendung nachzudenken, um unsere Kollegen vor noch größerem Elend zu bewahren. Denn wie ein Gatun drohen uns diese Gefahren: entweder Arbeitslosigkeit eines Teiles der Gehilfen oder verächtliches Arbeiten aller Werkdrucker, d. h. Massenelend, da ja bei dem dann auf die Hälfte reduzierten Lohn niemand bestehen könnte. Unseres Erachtens

muß hier von Regierungssstelle etwas geschehen, und zwar unverzüglich; je schneller, desto nachdrücklicher, um den laborierenden Verlegern in ihren Absichten auf Niederdrückung der der allgemeinen Teuerung folgenden Löhne im Buchdruckergewerbe entgegenzutreten. Dies wäre möglich entweder durch Sozialisierung des gesamten Verlagsbuchhandels oder durch Gründung eigener staatlicher Verlagsunternehmen im Anschluß an die Universitäten und Hochschulen, um der Not der Wissenschaft abzuhelfen. Wenn auch diese leidet in gleicher Weise unter dem Zwange der Verleger.

In Berlin wies Kollege Massini in der Generalversammlung am 14. April eindringlich auf die vielen Schwierigkeiten von Buchdruckereien hin, die für die Gehilfenchaft auf die Dauer eine wesentliche Beschränkung der Arbeitsmöglichkeit bedeuten. Bereits über 20 Betriebe sind in Berlin stillgelegt und Maschinen und Material verkauft worden. Auch größere Betriebe wollen ihren Betrieb einschränken und Maschinen verkaufen. Bei jedem Versuch der Stilllegung müsse der Demobilisierungskommissar von Gehilfenchaft angerufen werden, der zu prüfen hat, ob die Möglichkeit der Weiterführung des Betriebes vorliegt. Nach kurzer Debatte nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand sowie den Zentralvorstand, beim Reichswirtschaftsamtsministerium die energischsten Schritte zu unternehmen, um den Abbau des deutschen Buchdruckergewerbes, das Verbleiben von Maschinen ins Ausland und die damit verbundene dauernde Schädigung des Gewerbes und der deutschen Volkswirtschaft zu unterbinden.“

Ähnliche Vorkläre über Stilllegung von Betrieben und zunehmende Arbeitslosigkeit drangen im Laufe der Zeit aus einer ganzen Reihe von Städten zu uns. Angehörig der immer noch steigenden Produktionskosten besteht für die Prinzipale angeblich keine Aussicht, ohne erhebliche Betriebsverluste weiterzuarbeiten. Die Haupttriebsfeder für Stilllegungen liegt jedoch in der jetzt bestehenden Möglichkeit, Maschinen, Schriften und Einrichtungen, besonders aber die Papierbestände, mit bedeutendem Nutzen zu veräußern. Diesem Beginnen wird die Gehilfenchaft an zuständiger Stelle unbedingt Einhalt zu gebieten versuchen müssen. In Leipzig sollen Ausstellungen aus Prinzipalskreisen zufolge sogar schon 62 Buchdruckereien eingegangen (bzw. in das Ausland verkauft) sein. Das ist entschieden zu hoch gegriffen. Es kommen auch nur kleinere Betriebe in Betracht. Dagegen nimmt das Aufkommen mittlerer Firmen durch ganz große keinen Fortgang. Diese Konzentration liegt zwar im Zuge der Zeit und der kapitalistischen Entwicklung, aber sie trifft ebenso wie das Eingehen von Betrieben die Gehilfenchaft zu einem kritischen gewerblichen Zeitpunkt hart. Im Saalegau sind nach Angaben des Vorstandes leider jetzt schon 240 Gehilfen gezwungen, in andern Berufen ihren Broterwerb nachzugehen. In Burg a. M. hat die große Werkdruckerlei H. Höpfer sehr umfangreiche Entlassungen vorgenommen. Die Auftragserteilung kam ganz auffallend ins Stocken. Auch hier wurden die Teuerungszulagen fälschlicherweise in den Vordergrund gehoben. Aus Weiden wurde uns bekannt, daß 15 Proz. der dortigen Gehilfenchaft andauernd arbeitslos sind; dabei wurde noch von verschiedenen Betrieben erklärt, daß das beschäftigte Personal viel zu stark sei, weshalb teilweise verkürzt gearbeitet werden müsse.

Die gleichen Sorgen, die für die deutsche Gehilfenchaft aus Betriebsbeschränkungen usw. resultieren, beschäftigen auch die österreichischen Buchdrucker. Im Zeitungsbeitrag der Regierung kam es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen. Wegen des Papiermanögel soll demnächst eine Vollzugsanweisung ergehen, die den Umfang der Zeitungen dauernd auf höchstens acht, an Sonntagen höchstens zehn Seiten festsetzt. Diese Anträge stammen durchweg von sozialdemokratischer Seite. In dieser Maßregel erblicken die Wiener Buchdruckergehilfen und Hilfsarbeiter eine große Gefahr, weshalb sie beim Präsidenten Selz und Staatskanzler Dr. Renner gegen die Bedrohung ihrer Existenz Protest einlegten. Nachdem vor kurzem erst der „Morgen“ im schweren Erstingekampf der Wiener Zeitungen die Waffen gestreckt hat, kündigte nunmehr auch der „Neue Tag“, entstanden aus dem ehemaligen „Freundenblatt“, die Einstellung seines Erscheinens an wegen der Papierbeschränkung und der sich stetig steigenden Produktionskosten.

Ein andres, nicht minder wichtiges Kapitel der Gehilfenjorgen findet der Leser im volkswirtschaftlichen Teile dieser Nummer behandelt; auch die Rubrik „Zur Tarifausübung“ enthält Material darüber.

Unternehmer Schmerzen

a) Wie der „Korr.“ sie verstanden wissen will
Was gegenwärtig Unternehmer Schmerzen zu belegen haben, steht in so enger Wechselwirkung mit den Arbeiterinteressen wie niemals. Als Sachwalter der Gehilfeninteressen hat sich der „Korr.“ sehr wohl darum zu kümmern, denn was zur Abstellung der Unternehmer Schmerzen getan werden soll, bedeutet meistens eine Vergrößerung des Kapitals der Gehilfenjorgen, über die im vorstehenden gesprochen wird. Infolge unserer großen Raumschwierigkeiten hat sich gar viel zu diesem Thema angehäuft, worunter die notwendige Gegenbeleuchtung etwas leiden wird. Wir glauben aber, trotz dieser Beschränkung richtig verstanden zu werden.

In Nr. 36 brachten wir aus der Feder eines tüchtigen Fachmannes einen kleinen, mit scharfen rechnerischen Beispielen und Beweisführungen durchzogenen Aufsatz: „Das Verhältnis zwischen Lohnsteigerung, Materialverteuerung und Unternehmergewinn im Buchdruckergewerbe“. Wir halten nämlich sehr selten darauf, daß unsere Kollegen über die Verletzung ihrer berechtigten Ansprüche hinaus nicht einer Illusionspolitik verfallen. Sie sollen erfahren, wie es mit unserm Gewerbe steht und deshalb auch die Mitglieder von der andern Seite, unterrichtet von ganz objektiven Gesichtspunkten aus unter Heranziehung bewährter Fachmänner in leitender Stellung, vernehmen. Diese Abhandlungen — zur Tarifausübung im Juli 1918 brachten wir die erste — sind von Prinzipalsseite weder angelesen, noch in der „Zeitschrift“ wiederholt worden. Es stimmte also, was damit gesagt wurde, wenn es auch in letzter Geradheit nicht immer froh gestimmt haben dürfte dort, wo man dergleichen sehr eifrig liest.

Wir haben der schon gebildeten, aber wegen der Krisis in der Tarifgemeinschaft nach der letztmaligen Tarifausübung noch nicht einberufenen Fachkommission empfohlen (siehe Nr. 23 in der Rubrik „Volkswirtschaft“), auch das Druckpreisgebiet in recht sorgfältige Weise zu nehmen. Die Preispolitik muß der Ausschließlichkeit der Prinzipalsdiplomaten mehr entrückt sein. Die Mitarbeit des Tarifausschusses nach bisheriger Art ist zu sehr Dekoration, während die andern Teils von der Prinzipalsseite gewünschte stärkere Aktivität der Gehilfen gegen Preissteigerungen uns im Gegenlage dazu zu anspruchsvoll erscheint.

Neben den eigentlichen Prinzipalen erlösen Jammerlaute noch von andern Klagenanern. Die Zeitungen, Buch- und Fachschriftenverleger setzen auch recht vernünftig. Das alles nur in möglichstem Verhältniß setzen zu müssen, ist nicht leicht, aber nun einmal gebieterisches Maß, denn es wird zu viel Unbilliges von uns verlangt.

Es sei noch bemerkt, daß alle diese Kreise einer Befassung mit den Gehilfeninteressen so viel als möglich aus dem Wege gehen. Ein so es aber einmal, dann ist — namentlich in ihrer Presse — meistens die Beurteilung eine recht schlechte.

b) Worüber die Prinzipale klagen

Die „Zeitschrift“ vom 30. April überschreibt einen Artikel mit „Die Einwirkung der hohen Teuerungszulagen“, führt erst in zweiter Linie die „immer noch steigenden Preise für alle in den Buchdruckereien benötigten Materialien“ an, um sodann einen mehr und mehr katastrophalen Charakter auf die Auftragserteilung davon zu schlussfolgern mit der Betonung, daß man ja oft meinhend und warnend diese unausbleibliche Entwicklung der Dinge vorausgesehen habe. Daß die Folgerichtigkeit wesentlich anders liegt, nämlich zuerst und dann nochmals die unbilligen Materialpreise als schlimme Einwirkung auf die Auftragserteilung genannt werden müßten, will das Prinzipalsorgan nicht einsehen. Nach dieser Logik könnten die Warenpreise, die auch für unser Gewerbe zum Teil schon den Wahnwitzsrekord des Weltmarktpreises überschritten haben, noch weiter schimborasobakt steigen, wenn nur die Löhne niedriger zu halten wären, dann gäbe es keine katastrophalen Erscheinungen und Entwicklungen. Der kapitalistische Weltzustand unserer Tage, von dem die Papier-, Maschinen-, Farbendruckerei usw. wie die Schriftgießereien ebenfalls angefaßt sind, stehe nach solcher Einbildung also zu keiner Katastrophe kommen.

Die „Zeitschrift“ läßt im wesentlichen die Wirklichkeit vor solchen Schwindelbildern durch einen banalen Buchdruckerbeitrager und Verleger hinwegtäuschen. Der betreffende Prinzipal zählt auf, was er druckt oder verlegt: ein wöchentliches Familienblatt, eine Reihe von illustrierten

Belagen für die Tagespresse, eine Reihe von Zeitschriften für einen Verleger, Volkshändler. Es muß sich also um einen schon einschlägigen Betrieb handeln. Der geht nur sehr eingeschränkt weiter. Die Folge davon große Entlastungen unter dem Personal, der Verband werde es bald erleben. Nun kommt das Schicksal: Die Ursachen für diese allgemeinen Abfallkonditionen werden nicht in allererster Linie und zum größten Teil in der Produktionsverwertung durch die enormen Materialpreise und vor allem wieder durch die fast unmöglich gewordenen Papierbeschaffungen gesehen — die erhöhten Papierpreise finden nur einmal ganz beiläufige Erwähnung —, sondern „die letzten drei Lohnerbhöhungen“, „insbesondere der unerquickliche Schlußspruch“, „die fortschreitenden, sich zuletzt überstürzenden Forderungen des Personals“ belagern das alles. Ja, ja, die geschwollene Begehrtheit der Gehilfen, die das Stückstück nicht herabbringt, dem „lokalen Verkäufnisse“ der Prinzipale zuliebe des unheimlichen Steigens der Indizes für die gesamte Lebenshaltung zu spottet!

Wie gesagt, wir können des Raumes wegen nicht mit weiteren Proben dienen, wie kurzschichtig, selbstwühlend und dadurch wohl mehr ungewollt als beabsichtigt geistesfeindlich der Geschäftskreis der größeren Mehrheit der Prinzipale ist. Diese geht von der „Zeitschrift“ für die Prinzipalhauptvermittlung und die Zeitschriftsbeziehung ausgehend große Sache mag für viele gleichwertige Beurteilungen proben gelten. Wir haben den Prinzipalen schon oft eine erstaunliche Gehässigkeit in den untersten Klassen volkswirtschaftlicher Schulung attestiert; sie streben achselzuckend gar nicht danach, verkehrt zu werden.

Der gewöhnliche Menschenverstand wird aber eine andere Sammelartenerlei noch weniger verständlich finden. Erprobtem nämlich nach so ziemlich allgemeiner Auffassung bei den Prinzipalen die „hohen Löhne“ den Untergang des Gewerbes nun im Galopp tempo bringen, werden die Aussagen über ruinöse Ausflüsse von Schmutzkonzurrenz immer häufiger! Das „schärft rechnen“ bei den ersten Sprüngen der ganzen heutigen Preispolitik die größte Notwendigkeit ist, läßt sich wohl begreifen. Schlecht rechnen kann vornehmen bei der Unübersichtlichkeit der schnellen Preissteigerungen für alle Bedarfsgegenstände, die nicht etwa zehnwöchentlichen Zwischenräume wie die Lohnerbhöhungen zulassen, sondern nur solche von wenigen Wochen, beim Papier auch nur von Tagen. Mirabel rechnen jedoch ist Wiederkehr der alten Erbünde der Schmutzkonzurrenz in unserm Gewerbe. Dafür kann man unter den heutigen Verhältnissen, bei der gegenwärtigen Zeiten doch fast reißend durchgeführten Lohnpolitik, gar kein Verständnis haben. Es sei denn der Gedankenschluß richtig, daß der Verdienst bei den heutigen Druckerpreisen solche Extratouren ermöglicht.

Schon vor Monaten wurde in der „Zeitschrift“ gesagt, die Preissteigerung sei wieder im Anzuge. Wenn das Prinzipalorgan in diesem Jahre nur erst wenige Fälle davon anführt, so sind das sicherlich schwerere Vorkommnisse. Die viel größere Zahl der anderen würde die ersten wahren Umfang erkennen lassen. Wenn in der letzten Nummer der „Zeitschrift“ ein einladender Artikel die Bildung eines „Zarlgemeinschaftslands“ vorschlägt, womit auch die Entziehung der Gehilfen aus Druckerelien, die des unläuteren Wettbewerbs überführt sind, wirksamer betrieben werden könnte, dann können dafür wohl doch nicht verzweifelte Erscheinungen von Schmutzkonzurrenz den Anstoß gegeben haben.

Das andererseits die veröffentlichten Jahresabschlüsse der geschäftlich betriebenen Druckerelien die oft besaßene geschäftliche Verschlechterung nicht erkennen lassen, soll nicht unangenehm bleiben, allerdings sind das meistens kapitalkräftigere Firmen. Im allgemeinen ist es aber so, daß der in erster Linie aus kapitalistischen Bewucherungspraktiken drohende Zusammenbruch aus Kosten der Gehilfen hinaufzuhalten verucht wird. Das alte Spiel, die wirklichen Ursachen nicht zu sehen! Nicht zu betreiben ist aber, daß aus dem Zusammenbruch aller die Produktion zu verkauernden Umstände dem Buchdruckgewerbe Schaden erwächst durch Verringerung der Aufträge. Das wird nach dem 6. Juni eine für die Gehilfenschaft noch weit mehr zu fürchtende Wahrnehmung werden.

c) Die Zeitungsverleger

Die Hauptorganisation wird sich am 5. Mai in Dresden in einer außerordentlichen Sitzung mit einer Tagesordnung beschäftigt haben, die auf die sehr heftige Zustimmung der Dinge eingestuft ist. Wenn das Reich sich vor kurzem trotz seiner traurigen Finanzlage entschlossen hat, vorerst durch eine Vergütung von 1 Mk. für das bezogene Stück Papier eine gewisse Preisentlastung für die Verleger von Tageszeitungen herbeizuführen — ob sich der Gewerkschaftsverband nicht einmal dieser einseitigen Berücksichtigung im Interesse der Gewerkschaftspraxis annimmt? — und dann von den Geschäftsleuten verlangt wird, den Zeitungsverlegern billigeres Papierholz zu liefern, also nicht mehr mitzuwachen, um nachher die direkte Rückvergütung wieder in Formall kommen zu lassen, dann ist das wohl ein Gradmesser für die hier unerkenntbar schwierige Lage. Die Zeitungen gehen jetzt dazu über, monatliche Preissteigerungen vorzunehmen, weil die Papierarbeiten wie auch andere Lieferanten die Preisabfälle in ihrer Verleerungspolitik manchmal sogar noch unter eine verächtliche Art rechnen.

Das Eingreifen des Reiches ist der Zeitungsverlegerorganisation zu danken. Die Presse muß nach aller Möglichkeit antreuerhalten werden; in der Provinz wird es trotz aller Anstrengungen aber noch bald genug geben und als auch Leidtragende in der Gehilfenschaft. Warum

aber nur die Presse sich gegen die Hauptfibel dieser grauenhaften Preisentwertung nicht mehr wehrt? Die Kriegerleistungen sind doch nicht immer als die stärkste Ursache zu betrachten. Wäre das der Fall, dann könnten die Papierfabriken keinesfalls so glänzende Gewinne abwerfen; andre Großindustriellen ebenfalls nicht! Das Geld kommt jetzt von seiner unfairsten Preisstufe herunter. Wann wird sich das im Papierpreis zeigen? Hosen und Haren... Warum ist namentlich die große Presse nicht gegen das einfach stolzwürdige Prinzip des Weltmarktpreises aufgetreten, dem gerade sie beim Papier ausgeführt ist, mit dem auch die verworlichsten Auslandsziehungen vorgenommen werden? Ist diese passive Duldung nicht kritisch? Hat der zunehmende Ankauf von Zeitungen durch den Einmarsch-Sagenberg-Konzern, der unsres Wissens auch Papierfabriken erworben hat, schon zu einer Korruption der öffentlichen Meinung geführt, die sogar eine schärfere Vertretung der eignen Interessen verhindert?

Vorherhand steht man nur starke Erhöhungen des Abonnements und der Inserate. Ihr Stand ist jetzt so hoch, daß in beiderlei Richtung Zurückhaltung des Publikums erkennbar wird. Gegen die noch weitere Umfangsbeschränkung werden sich die verbliebenen Leser schon wehren. Die starken Abonnementserhöhungen haben, wie im „Zeitungsverlag“ zu sehen ist, in manchen Orten Ableistungen von über 10 Proz. der Auflage gebracht. Die Anzeigen weisen ebenfalls Verminderung auf. Leider kommt am 1. Juli durch die auf einmal zu rasche (weil bis jetzt zu billig gewesen) Postzeitungsabnehmererhöhung für die große Presse ein sehr erschwerendes Moment hinzu. Die kleinen Blätter mit geringer Postanlage haben es besser.

Die kleine Provinzpresse hat gegenwärtig ihre größten Schmerzen. Das ist nicht hinwegzuspulieren. Der in Nr. 3 abgedruckte Notruf des Prinzipals Holz in Ober-Rangelsheim hat uns vom „Reichenbacher Tageblatt“ eine längere Zeitschrift eingetragen. Demnach hätte Holz noch so toll gemacht, wenn auch ein rechnerischer Selbsttrag von 232 Mk. wöchentlich sich in seiner Aufstellung ergab. Obwohl das „Reichenbacher Tageblatt“ seine Kosten für Redaktion, Miete, Steuern, Porto usw. um 600 Mk. höher in der Woche berechnet als der „Proletarier“, steht es sich in der Verleerungsergebnisse günstiger — mindestens 500 Mk. wöchentlich — durch größeren Einzelgen. Die wohnsinnige Papierverleerung lasse sich weder durch Heraushebung des Bezuges noch des Einzelgenpreises wiederherholen. Die für Abhängigen festgelegten Aufschläge nähmen sich auf dem Papier ganz schön aus. Man sei aber froh, wenn 500 Proz. Aufschlag für Satz und für Druck durchzuleben wären; dann könnte wenigstens das Personal beschützt werden. Es sei also nicht böser Wille, wenn die Prinzipale bei jeder Lohnerbhöhung Schwärzungen machen, sondern vielmehr so, daß das Gewerbe die Berufsangehörigen nicht mehr anständig ernähren könne. Das ist in kurzen das Wichtigste aus dieser Zeitschrift. Wir können dazu nur sagen, daß in den kleineren Provinzorten das Publikum mehr dazu gebracht werden muß, auch dem Buchdrucker und Zeitungsverleger gegenüber die doch sonst sehr für üblich gehaltenen Preise zu zahlen. Es ist früher zu sehr vernünftigt worden. Die Zeitungen waren ja überhaupt viel zu billig.

Im Zeitungsverleeren ereignen sich aber auch noch Dinge, die man nicht begreifen kann. Der Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger (Karlsruhe) erließ am 9. Dezember 1919 eine mit der notwendigen Begründung versehene öffentliche Erklärung, daß zum 1. Januar eine nicht unbedeutliche Bezugspreiserhöhung eintreten müßte. Ein paar Tage später erschien die „Badische Landeszeitung“ (Karlsruhe) mit einer auffallend schlechten Veröffentlichung, die wurde auch im nächsten Heftesheft trotz wesentlich vermehrten Inhalts ohne Preisauflage auskommen; sie sei ein gemeinnütziges Unternehmen, solle nicht zur Erhaltung von Gewinnen dienen. Das das nur Phrase ist, braucht nicht extra gesagt zu werden, und daß die „B. Z.“ im Laufe des vergangenen Jahreshahes durch eine Preisverhöhung schreien mußte, ist klar. Die sozialdemokratischen Blätter entziehen ja auch nicht dem Kreislaufe der Dinge. Wenn mit solchen Aufwuchsmitteln gearbeitet wird, wie es das genannte Karlsruher Blatt im Dezember getan hat, dann muß sich das an allem rächen. Das ist dann auch geistes-schädlich.

Im allgemeinen findet man bei den Zeitungsverlegern etwas besseres Verständnis für die sich der Gehilfenschaft aufdrängende Zwangslage.

d) Die Fachzeitschriftverleger

Hier ist an sagen, daß die Opferliste schon größer ist als auf andern Verlagsgebieten. In der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ wurde kürzlich vorgeschrieben, daß die Fachschriften von einer Verleerung beim Druck um das Sechsfache, beim Papier jedoch um das Dreifache gestraft werden. Sie leiden schwer, da auch sie nicht an den von der Reichsregierung für drei Monate ausgeworfenen monatlichen 10 Mk. zur Aufrechterhaltung der Preise teilhaben. Aber diese Zurückhaltung ist man mit Recht entsetzt.

Unter andern „Todesnachrichten“ sei die des vorläufigen Eingehens der „Zeitschrift für Deutschlands Buchhändler“ erwähnt. Die Papierpreise wären nicht mehr zu er-schwingen.

Der Verband der Fachpresse Deutschlands, dem 1500 Fachzeitschriften angeschlossen sind, hat eine Kundgebung erlassen. Das Zeitungsverlegerpapier koste nicht 20—25 Pi. pro Billo zur Geldbezugszeit 8—10 Mk., also das Vierfache. Die Druckpreise seien um das Vierfache gestiegen, die Postgebühren um das Dreifache (die neue Erhebung noch nicht in Betracht gezogen). Die Fachpresse sehe vor

dem Zusammenbrüche, wenn die Reichsregierung vor allem nicht dafür Sorge, daß auch die Fachzeitschriften das erforderliche Papier zu einem noch erträglichen Preis erhalten können, daß die Einzelgenleuer aufgehoben werde, daß man von der geplanten Beschränkung des Stellenmarktes Abstand nehme. Wenn die Fachpresse hinsterbe, sei der Schaden für das Reich unabsehbar. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wäre ohne eine starke Fachpresse undenkbar.

e) Die Buchverleger

Das täglich erscheinende „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ (Leipzig) machte am 29. März den Zeitungsverlegern zum Vorwurf, sie seien auch das letzte mal viel schneller bei der Hand gewesen, die Gehilfenforderungen zu bewilligen, als die übrigen Buchdruckverleerter. Aus sehr durchsichtigen Gründen trifft es für eine besondere Regelung der Lohnverhältnisse in den Zeitungsverleeren ein.

In der „Deutschen Verlegerzeitung“ (Leipzig) hat am 15. März Dr. Alfred Giesecke (Mitlinhaber von B. G. Teubner, Leipzig und Dresden) gegen einen Säuberlichen Aufruf in einer vorausgehenden Nummer (2), der die „Lohn- und Preisverhältnisse im Buchdruckgewerbe“ behandelte, in einer Weise polemisiert, daß man der Herren Buchwarone Schmerzen ungemäpft kennen lernt. Herr Säuberlich hat dazu nicht einmal besondere Berar-tung gegeben; sein (gewünschter) Artikel allein scheint schon Schwere genug gewesen zu sein zu der großen, selber von uns nicht genügend auszubehnen Gegenrede. Dr. Alfred Giesecke war Hauptmasstab bei dem vorläufigen großen Buchhandlungsgehilfenstreik in Leipzig. Er verteidigt die These von der ausschlaggebenden Bedeutung der Ertragsfähigkeit des Gewerbes bis zum äußersten. Von diesem engen Horizont aus hatte er auch seine Freude an dieser Kraftprobe, die den Leipziger Buchverlegern nur den alten Krampf losiger Rücksichtlosigkeit stark aufgeschrikt hat. Im Buchdruckgewerbe wäre ihm eine Wiederholung lieber gewesen als der dann noch mit Wut und Krach und durch Knapp und Lüftlich gekommene Ausweg.

Was er über den wissenschaftlichen Verlag (auch Zeitschriften) sagt, der meistens früher schon nur mit Zuschüssen zu halten war, ist nicht erbaulich, aber auch nicht zu bestreiten. Hier ist der Rücksicht schon sehr bedenklich. Wenn Herr Säuberlich angeht, der „Unmöglichkeit der Papierbeschaffung“ sowie der „teihend zunehmenden Verleerung des Papiers“ — der bayerische Hauptkronzeuge der „Zeitschrift“ (siehe zweiten Abschnitt) mag hieran lernen — gedrangtere Parteilichung von Seiten der Autoren, größere Papierausnutzung und Verwendung kleinerer Schrift und engen Satzes empfohlen hatte, so lobt Herr Giesecke darüber nur, ebenso über den aus der Normalisierung der Papierformate erhofften Vorteil. Wäre er in seinen Hauptzweck nicht zu verlocken, dann müßte er doch aus der seinem Artikel vorhergehenden Nr. 5 erfahren haben, daß allein der Leipziger Verlagsbuchhandel im Jahre 1920 nicht weniger als 23396900 kg Papier notwendig hat, an welcher Lieferungs-möglichkeit jedoch stark gezweifelt wird, weshalb die „Deutsche Verlegerzeitung“ von einer schweren Bedrohung des Buch- und Zeitschriftenverlages spricht, was uns Gehilfen gewiß auch sehr nahe berührt. Bis jetzt ist es dem Buchverleger aber trotzdem nicht schlecht ergangen. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchhändler“ hat jetzt nach dem Jahresberichte des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler festgelegt, der Implan habe sich fortgesetzt gesteigert und erreichte zum Teil eine sehr beträchtliche Höhe. Im Weihnachtsgeschäfte ging alles ab. Bei Luxusdrucken spielten die Preise gar keine Rolle. Dr. Giesecke wird uns für diese Werbung wohl nicht dankbar sein.

Dr. Giesecke muß nämlich in seinem Artikel einen „Blinderirrad“ an die Wand, „gegen den alles Dagewesene ein Stinderirrad ist“. Und warum wohl oder in erster Linie gar? „Wann aber auf Rechnung der regen Verleger-tätigkeit“ immer neue Forderungen der Seher und Drucker bewilligt werden.“ Das also ist des Hübels Kern. Käffen die Gehilfen und Arbeiter aber die nötige Ginstigkeit, dann könnte es wohl dahin kommen, daß der stinkenden Lohn-skala ein Sinken der Lebensmittelpreise folgen würde, und sie bald vielleicht unterbrechen.“ So hätten wir denn einen Weg aus dem Unheil heraus; das „wahnwitzige Wettrennen zwischen Preis und Lohn und Preis und Preis“ kann zum Stillstand gebracht werden! In den „Vorbereitungen“ hat nach Dr. Giesecke „letzten Endes auch das Volkstausend seine Urteile“. Staat und Gemeinden hätten den Wagen nach der Revolution ins Rollen gebracht. Die ertaunlichen Mautitäten — oder geistlichen Umlenkungs-männer — des Herrn Giesecke könnten hier noch forgesetzt werden, aber es dürfte ja schon zu erkennen sein, daß der Zeitschrift großes und einmal die nicht mehr zu betreibenden Buchdrucker und ihre allzu bewilligungsbereiten Prinzipale sind. Von dem Lug und Trug des Handels und der krankhaften Profithucht anderer Unternehmungskreise weiß dieser Herr rein nichts. Er wird sogar Einbruch gemacht haben mit seiner großen Schreiberei gegen die Buchdrucker in jenem Verlegerorgan.

Am 2. Mai war Buchhändlerkassette in Leipzig. Der erste Vorhänge des Börsenvereins veröffentlichte zu dieser Tage in „Leipziger Tageblatt“ einen größeren Aufruf über „Buchhandel und Bücherhändler“. Es wird als Notwendigkeit bezeichnet, auch den Schulbuch, den Fachzeitschriften und den wissenschaftlichen Verlag an dem Reichszuschusse für Papier teilnehmen zu lassen, weil sie kulturelle Bedeutung haben. Das Papier für Verlagszwecke habe jetzt einen Aufschlag von 300 bis 600 Proz., die Buchhändlerarbeit von 100 Proz., Satz und Druck von 200 bis 1000 Proz. Die Geldentwertung und die anderen Umstände haben dazu geführt, daß sogar bei neuen Auflagen nach Malten eine Preissteigerung des Wertes von 200 bis 250 Proz. gegen

die erst von vor einem Jahre erforderlich wäre. Die Nachfrage nach Büchern sei wohl gewachsen, aber es könnten gegenwärtig schon viele Bücher nicht mehr gedruckt werden, weil bei den sich ergebenden Preisen eine Absatzmöglichkeit nicht mehr bestehe. Im Verlage sei nur in vorwiegend den Fällen die Wälzform vertreten. Erst seit den letzten Tagen sei zu einem Aufschwung von 150 Proz. gedruckt worden. Der Sortimentaufschlag von jetzt 20 Proz. rechtfertige sich durchaus; nur der Bruttogewinn des Sortimenters werde in dem festen Ladenpreise vom Verleger bestimmt. Das deutsche Buch sei zu billig gewesen. Jetzt werde die Erlöszins des deutschen Buchhandels schwer bedroht. Wenn die geistigen Arbeiter mehr aufgebessert würden, dann könnte auch der deutsche Buchhandel wieder aufleben. Manches von diesen Ausführungen — auch hier nicht Erwähntes — ist recht anfechtbar. Der Verlag hat recht gute Geschäfte gemacht. Der wissenschaftliche Verlag aber, der die meiste Schularbeit bringt, ist fast ausschließlich schwer getroffen; er bildet indes nur einen Teil des deutschen Buchhandels.

Ein Norddeutscher hierzu erwähnen bereits am 4. Mai im „Leipziger Tageblatt“ aus der Feder des Professors Dr. Houben, der unter der Überschrift „Schriftsteller und Buchhandel“ dem vorstehend besprochenen Blinder geistvoll entgegentritt und die Behandlung der Autoren, der geistigen Arbeiter, durch die Verleger mit Recht als Beweis anführt, daß der Idealismus der letzteren sogar nicht hochliegend ist. Dr. Houben kann auch nicht zugeben, daß die Bücher noch unerschwinglich billig sind, man könne schon sechs- bis höhere Preise. Die weitere Annahme, daß der Verleger durchweg jetzt mit wesentlich geringeren als dem normalen Gewinnansatz arbeite, trifft in Wirklichkeit höchstens für einen Teil der Verleger zu. Es gibt deren, die ihre Gewinnquote durchaus dem Zuge der Zeit nach oben angepasst haben. Houben bezweifelt auch, daß die Verleger an den Buchdrucker um 800 bis 1000 Proz. höhere Preise bezahlen. Die „verlegerische Rechnung“ sei extrem kapitalistisch, das könne nicht bestritten werden. Es ist erfreulich, daß eine sachkundige Persönlichkeit ebenfalls öffentlich die andre Seite der Medaille heraushebt.

Die Papierfabrikan

Das sind Fabrikanten und Händler. Beide Gruppen leiden jetzt an Behinderungen. Seit kurzem ist nämlich für Eisen, Blei, Säure und einige andre sehr hoch im Preise stehende Dinge ein Rückschlag eingetreten. Je mehr nämlich die Überproduktion mit dem Weltmarktpreis einhergeht und diesen sogar mehrfach schon überstritten hat, desto deutlicher zeigt sich Rückschlag im Auslandsgeschäft und Stille im einheimischen. Da ist nun gleich große Angst aufgekomen im Kreise der Papierkonflikte über einen auch für sie herandröhnenden Preissturz. In der Tat waren in der „Papierzeitung“ jetzt auch viele Verkaufsangebote zu finden. Schnell kam aber ein Sachkundiger mit einem Beruhigungswort. Die „außerordentlich zahlreichen Gelegenheitshändler und Schleber“ — das läßt sehr klar blicken! — verdrängen jetzt ihre Vorräte abzustößen aus der Befürchtung heraus, es könnte wirklich heruntergehen mit den Papierpreisen. Der allseitigste Groshandel habe aber nur kleine Väter, und die Papierfabrikannten könnten nach wie vor noch einmal ihre Hände alle Stundstücke bedienen. Man möchte da wirklich wissen, woher das Papier kommt, mit dem deutsche Papierfabrikannten Holland direkt überlaufen, wie vor einigen Wochen aus in Holland selbst erhaltener Kenntnis ein Prinzipal in der „Zeitschrift“ schrieb. Es geht seit langem erschreckend unehriglich im deutschen Papiergeschäft zu! Ein anderer kundiger Fabrikant erklärte in der „Papierzeitung“, die Papierpreise hätten sich dem Weltmarktpreis noch nicht angepasst, eher sei an einen Preisstillstand oder -rückgang nicht zu denken. Also können wir noch etwas erleben, da zu gehören ist, daß der unbenutzbare Papierweltmarktpreis ein ewiges Expansionsmittel bleiben wird. Es wird im übrigen treffend vermerkt, die Papierfabrikannten hätten noch Mangel an Kohle und Rohstoffen, auch steigere der Reichstagswahlkampf ja den Bedarf.

Man sieht, die Papierkonflikte haben gewissermaßen die größten Schmerzen, soweit sie den unwirtschaftlichen Profit machen. Ob denn den Prinzipal und Verlegern aller Kategorien vor dieser kapitalistischen Wühlküte nicht doch einmal der Atem stockt und sie ihre Schmerzen nicht nach einer ganz andern Methode als Druck gegen die von ihnen Beschäftigten zu beheben versuchen? Wenn das nicht der Fall ist, können sie auch von den Buchdruckergehilfen nicht verlangen, daß ihren Schmerzen mehr als nur bedingtes Interesse entgegengebracht wird.

zur Tarifausschüttung

Stellungnahmen der Gehilfenschaft

Eine Bezirksvorsteherkonferenz des Gaues Thüringen, die am 25. April in Weimar stattfand, beauftragte den Gauvorsitzer Prof. auf der bevorstehenden Gauvorsitzerkonferenz folgende, einstimmig angenommene Entschließung zu beschließen: „Die Bezirksvorsteherkonferenz des Gaues Thüringen muß feststellen, daß die Vorklage der Gehilfen im Buchdruckerberuf völlig unzureichend ist und daß die Höhe des weltaus größten Teils der Arbeiterlohn wesentlich höher ist. Wenn die Gehilfenschaft angeht, dieser bedrückenden Lage bisher Ruhe bewahren, so zeigt dies von der gewohnten Disziplin. Die Bezirksvorsteherkonferenz kann jedoch keine Garantie für die Ruhe in der Zukunft übernehmen, wenn nicht alsbald eine Änderung eintritt. Der Gauvorsitzer und der Gehilfenvertreter werden beauftragt, in diesem Sinne bei den bevorstehenden Tagungen mit aller Entschiedenheit hinzuwirken. Die Gehilfen sind

entschlossen, gegebenenfalls die äußersten Konsequenzen zu ziehen.“

Die in Bremerhaven am 23. April versammelt gewesenen Buchdruckergehilfen in den Unterweseren beauftragten den Gehilfenvertreter des Tarifkreises I unter Befolgung entsprechender Materialien, bei der Tarifausschüttung am 10. Mai dahin zu wirken, daß die Höhe der Buchdruckergehilfen an der Unterweser wöchentlich um 60 Proz. erhöht werden, um sie den andern Berufsgruppen gleichzustellen. Sie sind gewillt, auch ferner auf dem Boden der Tarifgemeinschaft weiter zu arbeiten, wenn auch die Prinzipalität die Einsicht besitzt, den Gehilfen das zum Leben unbedingt notwendige zu gewähren. Ferner wurde eine klare deutliche Fassung der zu gewährenden Zulagen ohne jede nachträgliche Kommentierung und veränderte Auslegung als erforderlich erachtet.

Eine am 22. April abgehaltene, vollzählige besuchte Versammlung des Ortsvereins Markneukirchen richtete an den Kreisvertreter eine einstimmig angenommene Resolution, in der an sämtliche Gehilfenvertreter die bringende Bitte gerichtet wird, sich in der kommenden Tarifausschüttung mit aller Energie dafür einzusetzen, daß eine wirklich durchgreifende, den Zeitverhältnissen angepaßte Lohn-erhöhung Wirk greift. In Markneukirchen leben die Buchdrucker mit ihren Löhnen ungelerten Arbeiter: bedeutend nach. Verlangt wird ferner, daß die Provinzialstädte in bezug auf Teuerungszulagen den Großstädten gleichgestellt werden, da die Preise für rationierte Lebensmittel im ganzen Reich die gleichen seien. Mit Ratensachen sei der Gehilfenschaft bei den tagtäglich ins Unermessliche steigenden Preisen für alle Lebensbedürfnisse nicht gedient.

In Braunschweig wurde in einer Bezirksversammlung am 25. April zur bevorstehenden Tarifausschüttung Stellung genommen. Wünsche und Forderungen wurden in einer Resolution festgelegt, in der es u. a. heißt: „Die nicht zu bestrittene Tatsache, daß in den letzten Wochen alle Lebensmittel und Bedarfsartikel wiederum eine enorme Preissteigerung erfahren haben, daß auch die um ein Vielfaches erhöhten Beiträge für die Krankenversicherung usw. sowie die erschreckend hohen direkten Steuern die Lebenshaltung der Gehilfenschaft und ihrer Familien aufs empfindlichste beeinträchtigen, läßt die Verammelten die bestimmteste Erwartung aussprechen, daß der Tarifausschlag die bisherigen Teuerungszulagen weiter bedeuten erhöhen wird. Entschieden wandle sich die Versammlung gegen eine von Prinzipalsseite beabsichtigte Verkleinerung der Ferienlohn- und gegen den beantragten Vorfall der 25prozentigen Entschädigung bei Verhitzarbeiten. Sie gab im übrigen der Überzeugung Ausdruck, daß nur durch weitestgehende Entgegenkommen der Prinzipale in der Lohnfrage der Friede im Gewerbe erhalten bleiben kann.“

Am 2. Mai nahm eine tariftreue Gehilfenversammlung in Steinfurt Stellung zur bevorstehenden Tarifausschüttung. Sie erkläre in den prinzipalsseitigen Anträgen eine ernsthafte Vergleichsweise ihrer pertraglich und unter schriftlich festgelegten Positionen. Zu den gehilfenseitigen Anträgen wurde einstimmig Klarheit dahin geschaffen, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Gehilfenschaft erneut eine weitestgehende Teuerungszulage einzutreten hat. Der Extrakt der Versammlung wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution festgelegt, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die tariftreue Gehilfenschaft seitens geschlossen hinter den Anträgen der Gehilfenvertreter steht und eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende Teuerungszulage erwartet. Sie lehnt jede Verkleinerung durch die Prinzipale ab. Sollten die Verhandlungen abgebrochen werden, so erwartet die Gehilfenschaft weitere Anordnungen ihrer Führer.

Arbeiterlöhne

Nur die Arbeit kann uns retten! Das predigen meistens alle, die selber nicht gern arbeiten mögen. Ein guter Arbeiter ist gewöhnlich ein schlechter Arbeiter. Am liebsten möchten solche Leute, daß ein Arbeiter täglich zehn Stunden lang stramm arbeitet und auf entsprechenden Lohn verzichtet. Wenn ein andres gestilltes Wort lautet: Die Arbeiterlöhne steigen ins Ungemessene! Das stimmt nur insoweit, als die Arbeiterlöhne einen Maßstab gegen früher nicht ausfallen. So kostet heute ein Anzug acht bis zehn Wochenlöhne, den man vor dem Kriege für nur einen Wochenlohn kaufen konnte. Heute bekommt man für einen Wochenlohn 8 Wd. Fleisch, früher 40—50 Wd. Und so geht es mit allen Bedarfsartikeln. Also nicht die Arbeiterlöhne fallen, sondern die Profittiger der Volkswirtschaft steigt ins Ungemessene. Darunter müssen wir alle leiden. Und ganz besonders unser Gewerbe, das nicht zu denen gehört, die große Gewinne machen. Sol der Berechnung von Druckladen spielt der Arbeiterlohn heute nur eine Nebenrolle. Das Material, hauptsächlich Papier, aber auch Farbe, Öl usw., verdrängt ein steigendes Geld. Hier kann man von einer Preissteigerung ins Ungemessene reden. Da gibt es keine Tarifausschüttung, sondern die geforderten Tagespreise müssen immer sofort bezahlt werden. Nur eine Druckerlei mit sehr vielem Betriebskapital kann es heute noch aushalten. Das ist auch wohl der Grund, weshalb die Prinzipale sich gegen Lohn-erhöhungen stemmen, auch wenn sie als berechtigt anerkannt sind. Die Gehilfen lassen sich handeln; die Lieferanten aber geben nur ihre Ware ab, wenn sie sofort das Geld erhalten, das sie dafür fordern.

Wäre es das nicht angebracht, wenn in der Tarifausschüttung beschlossen würde, daß nur solche Druckerleien als tariffrei gelten, die bei der Bestellung eines jeden Druckauftrages eine Anzahlung verlangen? Sogar bei Aufträgen bis 1000 Wd. 50 Proz. und über 1000 Wd. 40 Proz. des veranlagten Preises. Also, auch die kapitalistischsten Betriebe, müßten dies von der Mundschaff fordern. Nur

solche Druckerleien, die sich dem fügen, geben es tariffrei. Dann hätte jede Druckerlei genügendes Betriebskapital, um einigemmaßen auskömmliche Löhne zahlen zu können.

Wir leben im Zeitalter der Betriebsräte. Auch der Arbeiter hat jetzt das Recht, sich um die Leitung der Betriebe zu kümmern. Wir können also als Arbeiternehmer Vorschläge machen, die scheinbar nur den Arbeitgebern zu- stutzen. Stellt es sich heraus, daß dieser Vorschlag zum Vorteil der Gehilfenschaft wäre, so müßte er mit allen Mitteln durchgeführt werden. Samideano.

Volkswirtschaft

Die Kosten der Lebenshaltung

Und abermals sind wir verpflichtet, festzustellen, daß die Kosten der Lebenshaltung wesentlich höher geworden sind. Wohl hätte und las man in den letzten Tagen mancherlei von einem Preisrückgang infolge einer wesentlichen Besserung der Waise und den von der deutschen Reichsregierung glücklicherweise zum Abschluß gebrachten erheblichen Lieferungsverträgen für Lebensmittel mit amerikanischen, holländischen und schwedischen Handels- gesellschaften; aber trotzdem blieb die einjährige greifbare Tatsache nur die, daß sich ab 1. Mai der Brotpreis ganz allgemein um über 70 Proz. erhöht hat, daß infolge Sinkens der ausländischen Devisen die Fleischpreise abermals erhöht wurden, daß die Kohlenpreise innerhalb der letzten drei Wochen mit einem Ruck auf das Dreifache gegenüber den Preisen vor vier Wochen gestiegen sind, und daß die Kartoffelpreise selbst für die rationierten Mengen sogar auf das Zwanzigfache des Friedenspreises kletterten.

Sat sich schon im März die Hoffnung, daß nach der starken Preissteigerung im Januar und Februar endlich ein Stillstand eintreten würde, nicht erfüllt, indem Brot, Kartoffeln, Fleisch, Kohlen, Kleidung, Schuhwerk fortgesetzt teurer fast billiger wurden, so hat dieser preis- kapitalistische Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung auch im April d. J. eine geradezu unheimliche Fortsetzung erfahren. Dr. Kuczynski Direktor des Statistikischen Amtes Berlin-Schöneberg, hat für Groß-Berlin für die Monate März und April 1920 im Vergleich mit dem April 1914 folgende Preisverhältnisse gemacht, die wir der schnelleren praktischen Vergleichung halber auf je ein Pfund der betreffenden Ware umgerechnet haben. Es kostete demnach in Groß-Berlin im

je ein Pfund	März 1920		April 1920		April 1914	
	Mk.	Proz.	Mk.	Proz.	Mk.	Proz.
Brot	0,68	0,69	0,12	+ 1,5	—	+ 470
Mehlmittel	1,30	1,40	0,25	+ 0,8	—	+ 420
Schmalz	2,00	3,00	0,20	+ 50,0	—	+ 1400
Kartoffeln	0,24	0,35	0,02	+ 48,0	—	+ 1100
Fleisch	8,07	10,20	0,85	+ 24,4	—	+ 1083
Butter	17,00	17,75	1,50	—	—	+ 1800
Margarin	9,50	0,50	0,50	—	—	+ 2530
Schmalz (Bratfett)	17,00	18,42	0,70	+ 8,4	—	+ 509
Zucker	1,40	1,40	0,23	—	—	+ 2366
Marmelade	3,70	3,70	0,15	—	—	—

Vorstehende Übersicht enthält nur rationierte Lebensmittel, d. h. soweit für sie Lebensmittelmarken ausgegeben werden und dementsprechend amlich vorgeschriebene Höchstpreise bestehen. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß man im Schlechthandel ebenfalls Mengen dieser Lebensmittel zu ändern, aber nur zu noch höheren Preisen erhalten kann. Nun ist aber wissenschaftlich festgestellt, daß in den amtlich ausgewiesenen rationierten Mengen nur etwa 11200 Kalorien (Wärmeinheiten) auf jeden Tage, also eine Woche, entfallen. Das ist jedoch nur so viel, als ein Kind von 6 bis 10 Jahren unbedingt braucht, um auf einem unbedingt einzuhaltenen Minimum an Lebenskraft zu bestehen. Eine Frau braucht nach den Grund- sätzen der wissenschaftlichen Physiologie mindestens 2400 Kalorien täglich oder 16800 Kalorien wöchentlich, ein Mann dagegen 7 x 3000 = 21000. Daraus ergibt sich, daß als natürliches Existenzminimum die rationierten Lebensmittel sowohl nach Qualität wie Quantität nicht ausreichen, daher noch sehr wesentliche Ergänzung durch unrationierte Lebensmittel erfahren müssen. Dr. Kuczynski schätzt diese unentbehrlichen Zusätze unter bestmöglicher Zurechnung der Preise für die rationierten Lebensmittel für eine Frau auf wöchentlich 19,85 Mk., oder zusammen auf 40 Mk., für einen Mann auf 49,85 Mk., oder zusammen 70 Mk. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren hätte demnach (70 + 40 + 2 x 21,15) rund 150 Mk. wöchentlich im April nur für Nahrung ausgeben müssen.

Rechnet man ferner nach Dr. Kuczynski für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stuben und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 cbm Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Mk., für Heizung 15,80 Mk., für Beleuchtung 6 Mk. Für Bekleidung, d. h. für Schuhwerk, Kleider und Wäsche, sind anzusetzen: Mann 48 Mk., Frau 32 Mk., Kind 16 Mk. Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehd, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Proz. machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den April 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Chepaar	Chepaar mit 2 Kindern	Woa.
Ernährung	70	110	150	41,0
Wohnung	9	9	9	9
Beleuchtung	6	6	6	6
Bekleidung	48	32	16	30,4
andere	37	55	73	20,0
Gesamt	164	216	264	100,0

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinlebenden Mann 31 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 46 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 61 Mk. Demgegenüber beachte man, daß vom 15. April ab der tarifliche Wochenlohn für verheiratete Buchdrucker in Berlin nur 210,50 Mk. betrug, was auf einen Arbeitstag nur 35 Mk. oder 26 Mk., — 42 Proz. weniger darstellt, als Dr. Kucynski für eine Familie mit zwei Kindern als Mindestbedarf betrachtete.

Vom April 1914 bis zum April 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,70 Mk. auf 186 Mk., d. h. auf das 11,1fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,25 Mk. auf 276 Mk., d. h. auf das 12,4fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,75 Mk. auf 366 Mk., d. h. auf das 12,7fache. Im dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im April d. J. nur noch 8—9 Pf. wert.

Ein ebenso tragisches Bild der Entwicklung der Lebenshaltungskosten ergibt sich aus den Feststellungen von Dr. Elsas (Frankfurt a. M.). Dieser berechnet in zwei monatlichen Zeitschriften die wöchentlichen Lebenshaltungskosten ebenfalls für eine vierköpfige Familie (zwei Erwachsene und zwei Kinder) und kommt dabei zunächst für Frankfurt a. M. zu folgenden Ergebnissen (Indexziffern):

	Prozentuale Steigerung am 1. März 1920 seit											
	1. Jan. 1914	1. April 1914	1. Jan. 1919	1. März 1919	1. Jan. 1920	1. April 1920	1. Jan. 1920	1. April 1920	1. Jan. 1920	1. April 1920	1. Jan. 1920	1. April 1920
Lebensmittel	13,90	60	112,14	124,49	683	107	11					
Miete	4,50	17	23,60	32,35	616	90	37					
Wohnung	2,12	8	8,80	9,20	334	15	4					
Kleidung und Beleuchtung	1,32	5	11,82	14,67	1012	193	32					
Wirtschaftliches	2,65	10	13,96	17,32	549	73	24					
	26,50	100	170,22	198,03	645	98	16					

Zur richtigen Beurteilung der Indexziffer von Dr. Elsas ist jedoch zu beachten, daß die Ziffern in keinem gatten Verhältnis zur deutschen Mark stehen. Die Indexziffer vom 1. März 1920 belagt z. B. nicht, daß in Frankfurt a. M. nur 198,03 Mk. zur Bestreitung des wöchentlichen Lebensunterhalts einer vierköpfigen Familie nötig waren, sondern in Wirklichkeit wesentlich mehr. Die Indexziffer von Dr. Elsas ist aufgebaut auf dem Stande vom 1. April 1919, der nur der runden Zahl 100 angenommen ist. Damals betrug z. B. die Calwerische Reichsbuchdruckerei nur für die Kosten der Lebensmittel für eine vierköpfige Familie 69,85 Mk. Nach Calwer und andern beachtenswerten Wirtschaftskennzeichnern bilden aber die Ausgaben für Lebensmittel in der Regel die Hälfte des Gesamteinkommens für einen vierköpfigen Arbeiterhaushalt. Demnach wäre die Ziffer 100 (nach Dr. Elsas) für den 1. April 1919 gleich der Summe von 139,30 Mk. zu schaffen. Dementsprechend haben wir auch im Interesse der Vergleichbarkeit die einzelnen Ausgabenposten für den 1. Januar 1914 nach den Indexziffern von Dr. Elsas für den 1. April 1919 umgerechnet. Daraus ergibt sich, daß die eine Einheit der letzteren in Wirklichkeit mit rund 140/100 Mk. einzuschätzen ist, wenn man wissen will, was die von Dr. Elsas ermittelte Indexziffer in deutschem Geldwerte bedeutet. Sehen wir daher auch hier für den 1. April 1919 statt der Indexziffer 100 den nach Calwer erforderlichen Geldbetrag von rund 140 Mk. für Frankfurt a. M. ein, so ergibt sich in gleicher Umrechnung für die Indexziffer vom 1. März 1920 mit 170,22 ein Wochenkostentrag von 237,11 Mk. Auf der gleichen Basis ergibt sich aus den Ermittlungen von Dr. Elsas eine Abweichung mit jenen von Dr. Kucynski für Groß-Berlin.

Gerade in dieser auffallenden Annäherung der drei verschiedenen Erhebungsmethoden in ihren Endresultaten liegt aber die Gewähr ihrer Zuverlässigkeit, die uns berechtigt, auch die Indexfeststellungen von Dr. Elsas für eine ganze Reihe anderer deutscher Städte nachstehend aufzuführen und durch entsprechende Umrechnungsziffern bezüglich ihres Geldwertes zu ergänzen. Es stellen sich demnach die Indexziffern bzw. wöchentlichen Ausgabenposten für die Kosten der Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie in nachstehenden 34 Städten nach Dr. Elsas wie folgt:

	am 1. Januar 1920	am 1. März 1920
	Indexziffer in Mark	Indexziffer in Mark
1. Berlin	174	243
2. Salingen	181	253
3. Altd	176	246
4. Erfurt	160	224
5. Mainz	188	263
6. Elsen	174	243
7. Frankfurt a. d. O.	168	235
8. Hildesheim i. Z.	168	235
9. Leipzig	181	253
10. Fortmund	173	242
11. Hannover	182	257
12. Frankfurt a. M.	170	238
13. Hamburg	160	224
14. Karlsruhe	154	216
15. Worms	160	224
16. Breslau	152	213
17. Halle	160	224
18. Mannheim	150	210
19. Stuttgart	144	202
20. Bismarck	147	206
21. Breda	147	206
22. Bielefeld	144	202
23. Bremen	148	207
24. Minden	152	213
25. Eislein	151	211
26. Aiel	143	200
27. Bochum	154	216
28. Chemnitz	158	218
29. Oelba	155	217
30. Hildesberg	148	207
31. Halle a. d. S.	158	219
32. Altona	140	196
33. Altona	140	196
34. Tilsit	127	178

Eine sehr beachtenswerte Bereicherung der statistischen Erhebungen über die Kosten der Lebenshaltung hat in

letzter Zeit auch die bekannte Miltherausgeberin der „Silse“, Gertrud Bäumer, in einer sehr durchgearbeiteten Untersuchung über „Löhne und Lebenshaltung“ für Hamburg beigezeichnet. Wir empfehlen allen Interessenten, insbesondere jenen in Unternehmerrassen, das Studium des betreffenden Auflasses in Nr. 16 der Wochenchrift „Die Silse“ vom 15. April 1920. Wir finden da an Hand einer sehr eingehenden Spezialisierung die Ermittlung eines wöchentlichen Mindestbedarfs für eine vierköpfige Familie (Vater, Mutter, Knabe und Mädchen zwischen 10 und 12 Jahren), der nicht das Existenzminimum der Armenpflege darstellt, aber doch ein Existenzminimum, sofern nur das ausgenommen ist, was unerlässlich dazu gehört, um einigermaßen gefällig sowie reinlich und anständig — d. h. nur: nicht zerlumpt — gekleidet zu sein. Die Preise dieser Statistik für Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände sind nach dem Stande der ersten Februarwoche 1920 eingeleitet. Auf dieser Grundlage wurde für den Monat Februar eine Gesamtausgabe von 770 Mk. festgesetzt, und zwar ohne Steuern, Versicherungen, Fahrgehalt, Inventarabnutzung des Hausrates, Gesundheitsausgaben, Porto, Zeitungen, und ohne jeden Posten für Vergnügungen, Erholung, Alkohol oder Tabak. Die so ermittelte Monatsausgabe legt sich aus folgenden Posten aufammen:

Ernährung	424,80 Mk.	= 55 Proz.
Heizung und Beleuchtung	74,40	= 10 „
Miete	28,-	= 4 „
Kleidung, Hausstandswäsche, Reinigung	218,31	= 28 „
Sonstiges	25,34	= 3 „
770,85 Mk.	100 Proz.	

Diese für Hamburg im Februar d. J. ermittelte Monatsausgabe für eine vierköpfige Familie bedeutete damals schon eine Wochenausgabe von 186,06 Mk. Dabei ist jedoch zu beachten, was alles in dieser Aufstellung noch fehlt: „Jeder Pfennig für Erholung, Vergnügen, Genussmittel. Aber auch jede Summe für Unvorhergesehenes: Krankheit (deren Kosten ja doch nicht ganz durch die Kasse gedeckt werden), Mißgeschick, Verluste, Abnutzung von Kleidung, Möbeln usw. Stellt man das alles in Rechnung, auch die Versicherungsbeiträge und Steuern, die hier nicht eingeleitet sind, weil die Aufstellung vom Bedarf und nicht vom Einkommen ausgeht —, so kommt zu den hier errechneten Ausgaben noch ein erheblicher Aufschlag, so daß 800 Mk. (wöchentlich 200 Mk.) Monatsverbrauch mindestens erreicht würden.“ Die Verläßlichkeit des Auflasses in der „Silse“ kommt zu folgendem Gesamtergebnis:

Man kann sich also der Erkenntnis nicht verschließen, daß trotz der „hohen Löhne“ der notwendige Lebensbedarf nicht bestritten werden kann. Weltlich läßt sich der Kleingeldbedarf noch einschränken, ohne daß der Mensch direkt zugrunde geht. Aber was verlangt, muß sich sagen, daß er dann für die Abwehrkraft auf eine Verschönerung verzichtet, die bei uns in Deutschland immer Verbindung der Selbstschätzung gemessen ist. Die hier angelegten Ernährungsquoten sind jedoch fast ausschließlich zu niedrig, um Gesundheit und Strahl zu sichern, und sind nur deshalb so angenommen, weil man sich sagen muß, daß ein höherer Normalverbrauch mit Rücksicht auf die vorliegenden Lebensmittel einfach nicht möglich ist.

Die Preisberechnungen dieser Aufstellung haben natürlich eine Geltung für die Woche, in der sie festgelegt sind. Sie sind häufig überholt. Aber die Bedarfsaufstellung als solche kann — das ist der Zweck der Veröffentlichung — immer wieder dazu anregen, Selbstkritik zu üben an dem schnell fertigen Entschluß über Lohnforderungen.

Die sachliche Richtigkeit aller dieser Feststellungen der Kosten der Lebenshaltung durch Dr. Kucynski, Dr. Elsas und Gertrud Bäumer finden auch noch durch neuere Feststellungen des statistischen Amtes der Stadt Leipzig ihre Bestätigung. Unter dem Titel „Preise und Kosten der Lebenshaltung“ ist in den letzten vierzehn Tagen von dieser amtlichen Stelle eine Schrift herausgegeben worden, die von Dr. Friedrich Lübbert bearbeitet wurde. Die Grundlage dieser neuen statistischen Ermittlungen bilden die Ausgaben einer fünfköpfigen Familie (Mann, Frau, drei Kinder von 12, 7 und 1 1/2 Jahren) für Lebensmittel, Wohnung, Heizung und Beleuchtung; also unter Ausschaltung von Kleidung und Verschiedenes. Für die Zeit vom 22. März bis 18. April 1920 wurde nun für diese vier Ausgabenposten die Summe von 764,47 Mk. oder 191,12 Mk. wöchentlich festgesetzt. Rechnet man dazu noch die fehlenden Ausgabenposten (Kleidung und Verschiedenes), für die nach den Berechnungen des Reichsstatistischen Amtes 39,8 Proz., nach Dr. Kucynski 50 Proz., nach Dr. Elsas 27 Proz. und nach Gertrud Bäumer 31 Proz. einzusetzen sind, im Durchschnitt vorstehender Abweichungen mit 37 Proz. der Gesamtausgaben, so ergibt sich für Leipzig in der vierwöchentlichen Periode vom 22. März bis 18. April 1920 eine durchschnittliche Wochenausgabe von 261,83 Mk.

Im übrigen ist für die Beurteilung aller dieser Ergebnisse bezüglich der gegenwärtigen Verhältnisse noch in Erwägung zu ziehen, daß seit dem Abschluß dieser Erhebungen ganz allgemein weitere Preissteigerungen eingeleitet sind. Wir erinnern nur an die Steigerung des Brotpreises seit dem 1. Mai um über 70 Proz., des Kartoffelpreises um über 30 Proz., der Margarine von 13 auf 18 Mk., der Marmelade von 3 auf 6,20 Mk., des Kumpffonigs von 3,70 Mk. auf 7,20 Mk., der Satekloden von 82 Pf. auf 4,70 Mk., der Hohen von 7 Mk. auf 23,50 Mk. usw. Gewissermaßen als endgültige Unterstreichung aller vorstehend aufgeführten statistischen Resultate über die Kosten der Lebenshaltung können wir nun auch noch die jüngste Indexziffer von Richard Calwer, und zwar jene für Februar 1920, zur Kenntnis und zur Vergleichen bringen. Diese seit zehn Jahren mit anerkannter Wertigkeit durchgeführte Feststellung der Lebensmittelpreise nach den für eine dreifache Marinestationsration angelegten Mengen als Ernährungsbedarf für eine vierköpfige Familie (Mann, Frau und zwei Kinder) erstreckt sich auf regelmäßige und einheitliche Erhebungen in rund 200 deutschen Städten und ergab für den Monat Februar d. J. als Durchschnittssumme den Betrag von

147,65 Mk. Für die einzelnen Monate seit Anfang 1914 bezeichnet die Calwerische Statistik folgende Ziffern:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Januar	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50	67,65	120,65
Februar	25,29	31,49	43,40	54,15	56,37	64,33	147,65
März	25,08	32,90	48,47	54,69	57,00	67,30	—
April	24,96	34,41	51,78	54,81	57,13	69,65	—
Mai	24,70	36,49	52,29	54,58	57,30	73,70	—
Juni	24,73	37,36	52,61	54,34	57,00	78,45	—
Juli	25,12	38,16	53,51	55,26	58,11	82,21	—
August	26,11	39,13	53,53	54,67	59,43	88,45	—
September	26,14	39,93	53,55	57,37	60,84	95,67	—
Oktober	27,09	41,90	53,50	54,49	61,70	100,61	—
November	27,86	38,86	52,92	55,49	62,49	108,83	—
Dezember	28,72	39,33	53,21	54,49	62,96	114,65	—

Was diese Ziffern zu bedeuten haben, wird erst richtig, wenn man die Ziffern des letzten Vergleichsmonats jenen der gleichen Monate der vorausgehenden Jahre wie folgt gegenüberstellt:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
25,29	31,49	43,40	54,15	56,37	64,33	147,65	
Erhöhung d. Jahr zu Jahr	+24,5	+36,9	+24,9	+4,5	+14,9	+127,4	
Erhöhung d. Jahr zu 1914	+24,5	+71,6	+114,1	+123,3	+156,9	+479,9	

Die Calwerische Indexziffer erstreckt sich bekanntlich nur auf Lebensmittelpreise oder auf die entsprechnenden Kosten der Ernährung; jene für Kleidung, Schuhwerk, Wohnung, Steuer und Verschiedenes sind noch nicht berücksichtigt. Calwer selbst schätzt die Ausgaben für Ernährung mit 50 Proz. der Gesamtausgaben für die Kosten einer Familienhaushaltung ein. Um die letzteren in ihrer wirklichen Höhe auf der Grundlage der Calwerischen Statistik zu ermitteln, ist daher die Calwerische Indexziffer zu verdoppeln. Demnach käme für den Monat Februar 1920 eine Wochenausgabe von 295,30 Mk. für eine vierköpfige Familie in Betracht, und zwar im Durchschnitt für die von der Calwerischen Statistik erfaßten 200 deutschen Städte (Groß-, Mittel- und Kleinstädte).

Können wir nun die Einzelresultate aller hier beleuchteten statistischen Erhebungen über die Kosten der Lebenshaltung zusammen, so ergibt sich folgendes Gesamtbild: Die Wochenausgaben einer vierköpfigen Familie betragen: nach Calwer im Februar d. J. (im Durchschnitt von 200 deutschen Städten) 295,30 Mk., Dr. Kucynski im April d. J. (in Groß-Berlin) 366,00 „ „ Dr. Elsas im März d. J. (im Durchschnitt von 34 Städten) 271,00 „ „ in Frankfurt a. M. 277,00 „ „ Gertrud Bäumer im Februar d. J. in Hamburg 200,00 „ „ Dr. Lübbert (19) im April d. J. in Leipzig 261,83 „ *) für eine fünfköpfige Familie.

Man vergleiche demgegenüber die Löhne der Buchdrucker und man hat den Schlüssel für die große Unlebensfähigkeit mit den derzeitigen Lohnverhältnissen. Das daraus resultierende, wöchentliche Defizit ist gleichbedeutend mit entsprechender Entbehrung und Verelendung von Männern, Frauen und Kindern samt Haushalt. Es ist zum Leben und zum Sterben zu wenig. Die Preisentwicklung der letzten Tage macht dieses Bild noch trostloser, erhebt die Unzufriedenheit an den Rand der Verzweiflung, vor deren Folgen uns nur weitere Lohn-erhöhungen oder entschiedener Preisabbau retten können. Inwiefern gewisse Hoffnungen auf letzteren berechtigt oder fruchtlos sind, soll durch eine besondere Untersuchung geprüft werden.

Briefkasten

H. S. in S.: Überfandenes Material wird geprüft und geht auf der Gausortlerbörse oder sonst in Nürnberg verwendet werden. — **G. B. in E.:** Ihr Ort ist unter den graphischen Stellen in Nr. 46 nachträglich angeführt worden. Der kleine Bericht kommt bei nächster Gelegenheit mit. — **B. G. in B.:** Handelt erhalten. — **Ein weiterer:** Die Firma Kaden & Sille läßt auf viele Anfragen hierdurch mitteilen, daß das Buchdruckerberufvergehen ist. Eine Neuauflage kann erst erfolgen, wenn die Papierpreise wieder andere sind. — **W. W. in Mennigheim:** Wenden Sie sich an den Kollegen Carlos Scholz, Altona (Spanien), Calle de los Heros 7 U. deha. — **H. G. in Zornheim:** Wir werden nur noch von Zugänge der Zeitung Notiz nehmen. Aber den Inhalt ist in Nr. 44 das Nähere gesagt worden. — **A. R. in Br., W. B. in Br., S. R. in S.:** Mit der Veröffentlichung der Wahlergebnisse wollen wir bis zur Erhebung der Stichwahlen warten; es wird das von andern Orten ebenso beobachtet.

Berichtungs-Kalender

Dresden. Maschinenmischer-Versammlung Sonnabend, den 8. Mai, abends 5 1/2 Uhr, im „Volkshaus“ (Schachzimmer).
 — **Machinenleber-Versammlung** Sonnabend, den 8. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Eisenberg“, Sautbachstraße.
 — **Korrekturen-Versammlung** Sonntag, den 9. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Eisenberg“, Sautbachstraße 16.
Erfurt. Maschinenmischer-Versammlung u. heute Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im „Großen Kursier“, Sautbachstraße.
Elegen. Bezirks-Versammlung Sonntag, den 9. Mai, mittags 1 1/2 Uhr, im Vereinslokal Tungenbach in Elegen, Wilhelmstraße.

Norwegischer Zentralverein für Buchdrucker

In letzter Zeit mehren sich wieder die Anfragen von Kandidatensuchen, ohne daß sich in Kristiania und andern norwegischen Städten die Wohnungsverhältnisse auch nur um das geringste gebessert haben. Dazu kommt noch, daß sich gegenwärtig 53000 Arbeiter zwecks Erlangung besserer Löhne in Kündigung befinden. Da der Arbeitgeberverein jede Erhöhung prinzipiell ablehnt, besteht keine Aussicht auf eine friedliche Lösung. Wohlwahrheitsgemäß wird es infolgedessen zu einem Streikwahrheitsakt der Buchdruckerarbeitgeber kommen. Die Annahme von Arbeitsangeboten in norwegischen Buchdruckerbetrieben ist abgesehen und jeder Zutritt unbedingt ferngehalten.
 Kristiania, 23. April 1920.
 Der Zentralkomitee.
 (Hierzu eine Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 49 — Leipzig, den 6. Mai 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Gautag Rheinland-Westfalen

Als die Hauptversammlung unseres Gaues am 11. Mai 1914 in Aachen mit frohgelächelten Hoffnungen auf die Zukunft auseinanderging, konnte sie nicht ahnen, daß diese Hoffnungen, ach! so frühzeitig waren und schon zwei Monate später durch die welterschütternde Kriegesurke jäh zerstört wurden. Sie hat ausgerufen, und was dann kam für das einst so stolze Deutsche Reich an Demütigungen seitens seiner siegreichen unerbittlichen Feinde, die auch heute noch die Sauteder gesücht halten, um dem sich zu Tode schweißenden Eber den Gnadenstoß zu geben, hier in unserm Gau hatten und haben wir noch auf lange Jahre diese Bitternisse aus erster Hand zu kosten. Was unsre ehemalsigen Feinde nicht besorgten, das brachten zur weiteren Zerrüttung unsres so armfertigen Restes von Lebensmöglichkeiten die Arbeiter selbst fertig. In erbitterten Bruderkämpfen sieht jetzt rotes Blut, das so kostbar wäre, wenn es verbraucht würde nicht zur Jagd nach Phantomen, sondern zur Wiedererrichtung einer friedlichen Welt. Und wieder ist es der ausgedehnte Bereich unsres Gaues, wo sich die Hauptakte dieses Trauerspiels abwickeln. Erschütternd wirkten die Schilderungen der Kollegen, die unmittelbar, in freier Willkürerfüllung ihres Berufs im Dienste der öffentlichen Wohlfahrt, in den Handgranatenkämpfen der feindlichen Brüder verwundet waren und nur durch Glückszufälle dem sicheren Tode entronnen sind. Aber noch verwundeten sie und wir alle nicht an der Wiederkehr der Vernunft, die letzten Endes doch siegen wird. Schon sind ja verheißungsvolle Ansätze zu dieser Hoffnung vorhanden, und auch die diesmalige Tagung unsres Gauparlaments, die wir mit den holperigsten Gegnern gepflastert vorzulinden wählten, nahm einen Verlauf, wie wir ihn friedlicher nicht wünschen, trotzdem — oder vielmehr gerade weil — sie in dem durch mehr oder weniger richtige Zeitungsmeldungen berücksichtigt gewordenen „Spartakidennest“ Hagen i. W. vor sich ging.

So trat nach sechs langen Jahren die Vertretung unsres Gaues wieder einmal zusammen. Außer den vorerwähnten Gründen war Schuld an diesem hart empfundenen Zustand die „Verteilung der Erde“: Wir leben hier außer in Deutschland auch in Amerika, England, Frankreich und Belgien, und wir wissen schon von früher, daß, wenn einer ins „Ausland“ reisen wollte, dies mit gewissen Schwierigkeiten verbunden war. Auch hier hat die Vernunft gesiegt. Die Hindernisse sind so gemindert, daß man wieder von einem einigermaßen freizügigen Verkehr sprechen kann, und so waren alle Abgehenden vertrieben.

Wie schon in früheren Zeiten, beehrte die Vorbereitungs-kommission einen Tag vorher wieder gründliche Arbeit. Es wäre in der Tat nicht abzusehen, wie das Plenum eine Arbeit bewältigen soll, wie sie sich in diesen sechs Jahren angehäuft hat, wenn nicht wieder das „Oberhaus“ alles auf Herz und Nieren vorher geprüft hätte. Und so konnte man auch diesmal wieder müde in die Hauptverhandlungen eintreten. Sie wurden eingeleitet durch herrliche Begrüßungsworte des Gauvorsitzers Kollegen Albrecht, denen sich der Vorsitzende des Bezirks Hagen, Kollege Lorenz, namens der Hagerer Kollegenchaft anschloß. „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ lang der Kollegen-gangaparolen Hagen in formvollender Weise, und dieser Auftakt zu der im brüderlichen Geiste verlaufenen Tagung wurde allseitig dankend quittiert. Leider war es dem Verbandsvorstande nicht möglich, einen Vertreter zu entsenden; in einem Schreiben wünschte er der Tagung gutes Gelingen. Als Gast war anwesend der Gauleiter des Hilfsarbeiterverbandes, Kollege Zell, der denselben Wunsch verknüpfte mit der Erwartung, daß auch seine Organisation von den Verhandlungen profitieren, wie diese ja auch stets künftige Teilnahme bekunde an den Bestrebungen unsres Verbandes.

Kollege Albrecht ergriff nunmehr das Wort zu seinem Geschäftsbericht seit dem letzten Gautag. Er verwies darauf, daß er natürlich nicht alles in dieser Zeit Vorgefallene mit Rücksicht auf die Zeitknappheit mit der gebührenden Deutlichkeit heranziehen könne, aber was zu besprechen nötig sei, das solle geschehen. Die hochliegenden Pläne, die der Verband in der Vorkriegszeit gehabt, seien durch den grausamen Krieg und sein frägliches Ende zerstört worden. Schon am Anfang des Krieges hätten viele Kollegen hierbei mitgewirkt, weil sie glaubten, Verband und Tarif-gemeinschaft seien außer Kurs gesetzt, und weil sie sich gegen das rigorese Vorgehen der Unternehmer bei Entlassungen und Arbeitszeitverlängerungen nicht in der nächsten Weise zur Wehre setzten. Im Verlaufe des Krieges mußte dann der einzelne riesengroße Opfer bringen, und die Wünsche an den Verband, diese Opfer zu mildern, konnte dieser selbstredend nicht reiflos erfüllen. Gegenüber der Kritik, die deshalb an der Verbandsleitung vieldach geübt wurde, sei auch einmal darauf zu verweisen, daß sehr viele Kollegen am Anfang des Krieges und lange nachher selbständig Beiträge mit den Unternehmern geschlossen hatten, die alles andere als fatal zu waren. Hier hätten diese Kollegen Gelegenheit gehabt, sich dem Rückgang zu zeigen, wie es neuerdings in mancherortsigen Weise der Verbandsleitung und den wirklich funktionierenden gegenüber geschehe. Durch die Einberufungen kam dann der Arbeitsmangel, der Arbeits-

markt hob sich wieder, und wir waren wohl oder übel gezwungen, zur Aufrechterhaltung der Betriebe dem Gewerbe Ersatzkräfte, auch weibliche, zuzuführen. Dank unsrer noch immer straff gebliebenen Organisation gelang es, diese Maßnahmen in vernünftigen Grenzen zu halten durch die Bewilligung dieser Ersatzkräfte in bezug auf die nötige Zahl und ihre Entlohnung. Als dann unsre Kollegen aus dem Gebde zurückkamen, mußten diese Ersatzkräfte wieder weichen. Es sei zugestanden, daß die Feuererzulagen viel zu spät und dann in viel zu geringem Ausmaße bewilligt wurden. Aber selbst bei diesen Zulagen zeigte sich, daß einzelne Kollegen manchmal erst durch die Verbandsinstanzen gezwungen werden mußten, das ihnen natürlich zuzuschende auch zu fordern. Man vergleiche demgegenüber, wie in den Versammlungen gegen die Funktionäre vom Leder gezogen wird! Die damals einsehende Verbesserung der Löhne sei dann doch stetig fortgeschritten durch die gehäuftten Verhandlungen des Tarifausschusses und der Streikämter. Weitergehende Wünsche seien an dem Widerstande der Unternehmer jeweils scheitert. Im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung sei für die Zukunft jedes dringliche Sondervergehen zu unterlassen. Wenn neuerdings der Ruf erkalle: „Vor mit der Tarifgemeinschaft!“, so sei darauf zu verweisen, daß wir doch gerade der Tarifgemeinschaft geregelte Lohnverhältnisse im ganzen Reiche verdanken. In derselben Richtung liegen heute die Forderungen nach einer Abgrenzung zwischen belebten und unbesetzten Gebieten. Es sei zu verstehen, daß nach der Revolution überall das Streiklohn ausgebrochen sei, und zwar in Kreisen, die vor der Revolution das Wort „Streik“ nicht auszusprechen wagten. Aber da können diese Orte, die nun einmal „gute“ Aussichten bei einem Streik wittern, vom Gauvorsitzende keine Ausnahmebehandlung in bezug auf Unterstellungen verlangen; der Gauvorstand sei auch für jene Orte verantwortlich, die nicht in der glücklichen Lage seien, bei jeder Gelegenheit mit dem Streik zu drohen. Der Gauvorstand sei der Vollstrecker des höchsten Willens der Organisation: der Generalversammlung des Verbandes und des Gautages. Wenn man andres von ihm verlange, so verleihe man ihn zu einer Mitschuld. Dem Vorwurfe, daß der Verband bei den „hohen Beiträgen“ seinen Mitgliedern nicht genügend bleibe, hielt der Redner aus der Statistik Zahlen entgegen, die das Unberechtigte dieses Vorwurfs darluten. Ebenso sei es mit der Behauptung von dem verlorengegangenen Kampfkarakter des Verbandes. Auch hielt Kollege Albrecht den Anwesenden vor Augen, was der Gau für die 30 Pf. Beitrag bisher geleistet hat. Die Kritiker sollten nicht vergessen, daß wir auch denen gegenüber zur Solidarität verpflichtet seien, die nicht mehr in der glücklichen Lage sind, zu zahlen. Wenn die Kollegen, die heute die Käufer im Streik sind, sich mit dem Zweck und dem Geiste des Verbandes besser bekannt machen würden, dann würde manche überflüssige Kritik, die ihre Schärfe nur durch das ihr mangelnde Wissen erhält, unterbleiben. Kritik müsse ertragen werden, sie sei sogar nötig, müsse aber aus gutem Willen heraus geboren sein und dürfe nicht zur persönlichen Verunglimpfung ausarten, wie es leider vielfach geschehe. Der hinter uns liegende Krieg, der Welten zertrümmerte, habe dem Verbands nichts anhaben können, er sei zu fest gefügt; aber noch tue viel Aufklärung not, um die Organisation in ihren innigsten Zusammenhängen auch dem letzten Kollegen vertraut zu machen. Die heutige Tagung müsse auch dazu beitragen. Erfreulich sei, daß trotz mancher Meinungsverschiedenheiten immer ein gutes Verhältnis zwischen Gauvorstand und den Funktionären in den Bezirken bestanden habe. Die nächste Zeit stelle an den Gauvorstand noch große Aufgaben, die dieser ebenso erfüllen werde, wie er mit vollem Bewußtsein von sich sagen könne, daß er die bisherigen nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt habe — soweit es in seiner Macht gelegen habe. (Lebhafte Beifall.) Der stellvertretende Gauvorstand Müller gab hierauf kurz, aber instruktiv einen Bericht über die Finanzgebarung und die Mitgliederbewegung des Gaues in den letzten sechs Jahren. Er wies auf den gedruckt vorliegenden Bericht, machte aber schon darauf aufmerksam, daß infolge der wachsenden Ansprüche an die Gaukasse eine Erhöhung des Gaubeitrages nicht zu umgehen sei. (Eine Weitergabe von Zahlen an dieser Stelle können wir uns scheiden, weil jedes Gaumitglied ja nunmehr im Besitze des Jahresberichts ist.)

Die nun erfolgende Aussprache war eine sehr ausgedehnte, aber von solcher Wichtigkeit nicht nur für unsern Gau, daß wir sie trotz des beiläufigen Raummangels glauben in ihren Hauptzügen wiedergeben zu müssen.

Kollege Graaf (Müßelborn) äußerte sich erst auf über die besten Vorwürfe, die der Gauvorsitzer gegen einzelne Mitglieder erhoben hat. Viele hätten nichts gegen die Führer, sondern wollten nur das Verbot des „Enstems“ ändern. Er kritisierte dann besonders die Politik der Generalkommission während des Krieges und der Revolution als die Arbeiter schädlich. Die Buchdrucker von heute seien noch von demselben Geiste der Solidarität befeuert wie die alten. Aber die Tarifgemeinschaft könne man zweierlei Ansicht sein; sie habe nur dann eine Partei-berechtigung, wenn sie den Gehilfen ein Existenzminimum verschaffe, was man von ihr heute nicht behaupten könne. Mindestens sei sie sehr verbesserungsbedürftig.

Die Kollegen Lorenz (Hagen) und Schippers (Dortmund) drückten ihr Einverständnis mit dem Geschäftsbericht aus. Lehner widersprach den Ausführungen des Kollegen Graaf. Die höchsten Löhne könnten uns nicht aus dem Elend herausbringen, wenn nicht die allgemeine wirtschaftliche Lage sich bessere. Die vielen willkürlichen Streiks bewirkten das Gegenteil. Eine zu oft gebrauchte Waffe Stumpfe sei, daß wir wieder Vertrauen zu unsrer Tariftatigkeit fassen. Er wandle sich entschieden gegen die sogenannten Revolutionskollegen, die jede Versammlung dazu benutzen, durch sinnloses Geldspiel verdiente Führer herunterzuwerfen.

Kollege Essner (Stöbeln) beklagte den mangelnden Geist, der am Anfang des Krieges die Kollegen angeflammt. Die heutigen Unterstützungsätze seien zu gering, daß man von einer Unterleitung gar nicht mehr reden könne; damit sei der Kampfkarakter des Verbandes sowieso gegeben. Wer die Verhältnisse in allen Orten des Gaues kenne, sehe nach wie vor auf dem Boden der Tarif-gemeinschaft.

Kollege Rausenberg (Sibin) bedauerte ebenfalls das Überabnehmen der rabaulstigen Elemente in den Versammlungen, die ein vernünftiges Streiken der Funktionäre unmöglich machen, und verwies dabei auf Vorfälle in Sibin. Er sagt im Gegenab zu Graaf, daß gerade heute Gelegenheit sei, mit aller Schärfe die Tüchtigkeit dieser Schädlinge anzuprangern, die sich zur Erreichung ihres Zweckes nicht scheuen, Disziplinare in den Disziplinare zu gründen. Diesen Zerplitterten müsse endlich Halt geboten werden. (Starker Beifall.)

Kollege Palehki (Dulsburg) hat sich über die Ausführungen des Gauvorsitzers sehr geäuert und hätte sie noch schärfer gewünscht. Sie seien voll zureifend. Die Kollegen, die heute am lauesten schreien, hätten vor der Revolution jeden Mut der persönlichen Überzeugung vermissen lassen. Heute sei es allerdings unglücklicher. Der Redner trat nachdrücklich für die Tarifgemeinschaft ein.

Kollege Heyermann (Wodum) stellte vollständig die Auffassung Graafs; auch er gibt dem „Enstems“ die Schuld an der Mollage der Kollegen, das geändert werden müsse. Die einzelnen Feuererzulagen seien viel zu gering gewesen. Wenn die Buchumer Kollegen nicht selbständig vorgegangen seien, hätten sie noch lange nichts bekommen.PURE LOI habe sie dazu getrieben. Die Kollegen müssen besser erzogen werden, was aber durch die heutige Schließweise des „Storr.“ unmöglich sei.

Die Kollegen Neu (Stöbeln), Nombauer (Sollingen), Büchner (Bielefeld), Balbus (Bonn) trafen alle entschieden auf den Boden der Tarifgemeinschaft und erkannten die Kritik des Kollegen Albrecht als voll berechtigt an. Was an der Tarifgemeinschaft zu verbessern sei, müsse und würde ohnehin geschehen.

Die Kollegen Fredersdorf (Wuer), Rohmann (Weselnkirchen) und Dahmen (Essen) betonten ihre Sympathie mit den Ausführungen der Kollegen Graaf und Heyermann. Kollege Dahmen polemisierte noch besonders gegen den „Storr.“, der von manchen Kollegen nur wegen seiner amtlichen Verfassungen gehalten werde.

Kollege Klages (Altren): Wir wurden aus Not zur Selbsthilfe getrieben, waren doch die Löhne der Straßenkehrer höher wie die unsern. Erfreulich sei, daß sie einen guten Erfolg erzielt hätten.

Kollege Weber (Eberfeld) hielt es für richtig, daß die Funktionäre den Strömungen der Mitglieder sich nicht unbedingt widerlegen. Im Wuppertal hätte sich die Nichtigkeit dieser Auffassung ergeben.

Kollege Deckers (Boltrop) nahm das Recht der Selbsthilfe der Mitglieder in Schutz, wenn es auch Tarifbruch bedeute; diese Selbsthilfe bedeute keinen Egoismus.

Nachdem Kollege Klages (Wachen) noch für die Tarif-gemeinschaft eingetreten, nahm Kollege Krauß (Essen) das Wort und stufte dem Gauvorstand für sein mühevolltes Arbeiten den Dank der Essener Delegation ab. In den Kollegen Graaf stellte er die Frage, was denn ein „Enstems“ sei. Er sehe die Schuld der heutigen radikalen Opposition in der Propagierung des Mitegedankens, der in ziemlich unreflexiver Weise nicht aufgehälften Kollegen beigebracht werden solle. Mit der Bekämpfung des sogenannten Enstems sei eine Bekämpfung der dieses System vertretenden Personen unzertrennlich verbunden, was der Redner an einem besonderen Falle drastisch nachwies. Strikale Bewegungen seien in allen Fällen schädlich, selbst wenn sie zeitweilige Vorteile brächten; mit ihnen werde der Boden der Solidarität unbedingt verlassen, sie bedeuten nichts anderes als Egoismus. Erfreulicherweise sei neuerdings in dieser Hinsicht eine fühlbare Ermüderung eingetreten. Auch die Generalversammlung werde an dem Enstems unsrer Gewerkschaft nicht viel ändern, weil dieses Enstems sich bewährt habe. Einen Vergleich mit den übrigen Gewerkschaften brauche der Verband sicher nicht zu scheuen.

Kollege Graaf (Müßelborn) betonte, seine zweiund-zwanzigjährige Mitgliedschaft bewahre ihn vor dem Vorwurf, ein „Novembermitglied“ zu sein. Er bedauere nochmals die Art, wie Kollege Albrecht den Kritikern der Tarifgemeinschaft entgegengetreten sei. Er sei immer mit offenen Augen durch das Leben gegangen und sei auch

ein Anhänger der Tarifgemeinschaft, wenn diese zeitgemäß reformiert werde. Wir sind heute ändern Willens, das müssen wir den Unternehmern klar machen.

In seinem Schlusswort ging Kollege Albrecht eingehend auf das Vorgebrachte ein. Er sagte u. a.: Was vor allem die Bekämpfung eines Systems betreffe, so laue man nach diesem System und stelle die Person, weil man es so will. Die Generalratsmission sowohl wie unsere eigene Organisation hätten alles getan, was für ihre Angehörigen zu tun möglich war. Wenn Fehler gemacht wurden, so sei zu bedenken, daß alles Menschenwerk fehlerhaft sei. Gegen die britischen Bewegungen müßte vorgegangen werden, weil wir verpöblicht seien, eingegangene Verträge auch zu halten. Gausvorstand wie alle Funktionäre hätten auch eine Reform der Tarifgemeinschaft für nötig. Aber von heute auf morgen könne man nicht alles so umkrempeln, daß nun mit einem Schlag sämtliche Wünsche und Forderungen erfüllt werden, wie sie etwa die Schwaeslerische Broschüre, die ein Problem sei, erweckt hätten. Man sollte auch die tarifliche Lage nicht von britischen Gesichtspunkten aus betrachten. Der Gausvorstand jedenfalls könne und dürfe das nicht. Noch leben wir trotz allem im kapitalistischen Zeitalter, noch seien wir auf die Interessen allerwärts angewiesen, und wenn es denen schlecht geht, geht es uns noch schlechter. Es sei schon darauf hingewiesen worden, daß die Masse des Streiks leicht abstimmen könne, wenn sie allzu häufig gebraucht werde. Was über die randallierenden Kollegen in den Versammlungen gesagt wurde, sei selber allzu wahr, und es wäre zu verstehen, daß hier und da das Bedürfnis vorhanden sei, sich von diesen böswilligen Elementen zu befreien, falls sie keine Besserung annehmen. Der Verband habe noch nie seinen Kampfcharakter verloren, die Kollegen sollten sich nur in der Schwächste des Verbandes umsehen, um die Wahrheit dieses Wortes zu begreifen. Politische Versprechungen hören sich gut an, werden auch gern gehört, brauchen aber nicht gehalten zu werden. Anders sei es mit den gewerkschaftlichen Versprechungen, hinter denen etwas Greifbares stehen müsse. Langfristige Tarifverträge hätten wir überhaupt nicht mehr. Der Redner polemisierte dann besonders gegen die Ausführungen Seyermanns und dessen „Offenen Brief“ an den „Verbandsvorstand und sein Gesolge“. Nachdem Seyermann heute die Tätigkeit des Gausvorstandes anerkennend gemüßigt habe, sei es zu begrüßen, daß aus dem Gaus ein Paulus geworden sei. (Große Heiterkeit.) Nachdrücklich nahm der Redner die „Korr.-Redaktion gegen die heutigen Angriffe in Schutz. Der „Korr.“ habe sich stets als führend erwiesen, allerdings könne er es nicht jedem recht machen. Verwerflich sei aber, wenn die Redaktion für ihre mißliebige Arbeit fortwährend mit Gauchehüben überschüttet werde. Dem Willen unserer obersten Leitung, der Generalversammlung, müsse unbedingt Rechnung getragen werden, und wenn die Generalversammlung beschließt, die britischen Bewegungen, deren Tätigkeit, so habe das Bestehen zu bestehen. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse solle man nicht den Verband veranlassen. Wenn verlangt werde, daß der Verband für jeden wachen Streik die Kosten tragen solle, so bedeute das nichts andres als eine Verleumdung der Disziplinlosigkeit. Gerade in unserem Gewerbe seien die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Auch die nunmehr gewählten Betriebsräte könnten diese nicht bewältigen, und dann würden diese bedauernden Betriebsräte die neuesten Privilegien. Das Wort vom verlorenen Kampfcharakter sei eine leere Phrase, vor der man sich hüten solle. Aufklärung tue vor allem viel. Zersplitterungslichte müßten mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden, wenn der Verband für seine Angehörigen das Heil tun solle, was er ist. (Bravo!)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Gaus spricht dem Gausvorstande nach Anhörung des Geschäftsberichts und nach reiflicher Aussprache seinen Dank und sein Vertrauen aus. (Schluß folgt.)

Gautag „An der Saale“

Am 18. und 19. April trat in Halle a. d. S. die Delegiertenversammlung unseres Gauses an. Nach dem der Gesangsverein „Gutenberg“ das Begrüßungslied von Maffanich zum Vortrage gebracht, begrüßte Gausvorsteher König alle Erzhienenen. Kollege Schröder hieß die Delegierten namens des Ortsvereins Halle a. d. S. willkommen.

Die Präzisenliste ergab die Anwesenheit von 69 gewählten Delegierten, 10 Bezirksleitern, 6 Gausvorstandsmitgliedern und des Kollegen Schindelhauer, der für den seit langer Zeit leidenden Kollegen Ohls die Verwaltungsgeschäfte erledigt.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erfolgte die Eröffnung der Sitten. Im Berichtsjahre verstarben 32 Kollegen unseres Gauses sowie die bekannten Kollegen Frober, Porten und Konradin Schrader. Der Krieg hat 485 Mitglieder des Gauses als Opfer gefordert.

Hierauf wurde der Punkt 12: „Festsetzung der Diäten“, voraus genommen und dann in die eigentliche Tagesordnung eingetretten.

Die Punkte 2 und 4: „Bericht des Gausvorstehers“ und „Tarifliches“, wurden vom Kollegen König zusammen behandelt. Er entschuldigte zunächst die verspätete Fertigstellung des Jahresberichts. Infolge des reaktionären Puffbes und des Generalstreiks war die rechtzeitige Herausgabe wie sonst nicht möglich, denn während der Straßenkämpfe Deutscher gegen Deutsche, die in Halle besonders heftig und blutig waren, wobei auch das Gausbureau im Kreuzfeuer lag, war an wirksames Arbeiten

nicht zu denken. Unter diesen Umständen konnte der gedruckte Jahresbericht den Delegierten erst vor Beginn der Verhandlungen eingehend aufgetragen. Im letzten Berichte ging der Gausvorsteher auf alle Ereignisse seit dem letzten Gauslage 1918 ein, die so vieles geändert haben. In diese Zeit fallen die Niederlage des Heeres, die Revolution und die große Arbeitslosigkeit, die durch den Druck der Demobilisierungsbefehle etwas gemildert wurde. Für die Gausverwaltung hatten diese Ereignisse eine starke Belastung zur Folge; wäre diese nicht eingetreten, dann hätte sich der Gausvorsteher, auf dem nach der Ertränkung des Kollegen Ohls auch die Kostengedächtnisse ruhten, seinen Aufgaben viel wirksamer widmen können. Die Lohnaufbesserungen wurden durch die wachsenden Preissteigerungen auf allen Gebieten mehr wie aufgehoben. Das Alpha und Omega aller Verammlungen war der Streik nach mehr Prolet. Die Prinzipalität veräußerte es, daß man hier und dort zur Selbsthilfe griff, aber die Mehrzahl der Orte wartete doch die Beschüsse des Tarifausschusses ab und alle Erhöhungen wurden, von Ausnahmen abgesehen, meist ohne Reibung durchgeführt. Ein Schmerzpunkt waren jedoch die Nachzahlungen, und besonders Schwierigkeiten bereiteten die letzten Erhöhungen. Unter dem Druck der politischen Ereignisse kam dann das Abkommen „Willein-Geiß“ zustande; aus dem Verhalten der Prinzipale müsse geschlossen werden, daß sie von dem geplanten Puffbes nach rechts Kenntnis hatten. Die Arbeiterschaft hatte das größte Interesse daran, daß dieser Puffbes nicht gelang, denn alle Errungenschaften wären verloren gewesen. Ein Teil unserer Prinzipale gedachte uns einen Kampf aufzuwürgen. Wenn im Mai der Tarifauschluß zusammenföhrte, würden die Prinzipale alles daransetzen, daß die Bestimmungen über Entschädigung bei Verkürzungen, Ferien und das Entlassungsrecht aufgehoben würden. Wer der Überzeugung sei, daß auch in unserem Gewerbe die Auseinandersetzung kommen werde, der müsse auch die Beitragserhöhung für eine Notwendigkeit betrachten, denn zum Kriegsjahre gehöre Geld. Der Ausblick in die Zukunft sei nicht rosig, wir haben unbedingt mit einem Rückgang der Produktion zu rechnen, wozu die Papierkalamität ihr groß Teil beitragen würde. Die Arbeitslosigkeit werde dadurch noch größer werden. 240 Kollegen des Gauses arbeiten jetzt schon in andern Berufen. Um für die Zukunft wieder einen besseren Ausblick über die organisatorischen Verhältnisse im Gaus zu gewinnen, müsse die Statistik wieder mehr gepflegt werden. Den Zutritt an Mitgliedern, den andre Organisationen nach der Revolution hatten, haben wir nicht zu verzeichnen, aber nicht weil die Werbestraft des Verbandes nachgelassen hätte, sondern weil alle Berufsangehörigen bis auf einen Bruchteil organisiert seien. Der gewerkschaftliche Geist müsse als bestrebend angesprochen werden, aber bezüglich der inneren Organisation müsse viel nachgeholt werden, denn durch den Krieg wurden viele Kollegen, die lange Jahre Soldat waren, dem Organisationsleben entfremdet. Die Zeitströme durch die Politik habe bei uns nicht so stark Platz gegriffen, noch immer sei die Überzeugung maßgebend, daß wir wirtschaftlich zusammen arbeiten müssen. Die Arbeiterschaft müsse sich wieder einigen, denn nur darin liege ihre Stärke. Ihr Verlangen nach wirtschaftlicher Demokratie lie berechtigt und das Betriebsrätegesetz ein Schritt auf diesem Weg, aber mit dem Kopfe durch die Wand könne niemand und deshalb würde eine überföhrte Sozialisierung der Volkswirtschaft den schwersten Schaden bringen. Mit den Rechten übernehme die Arbeiterschaft auch Pflichten dem Volksganzen gegenüber, und wenn sie die wirtschaftliche Produktion in die Hand nehme, dann habe sie auch zu bewellen, daß sie es besser macht; Schlagwörter und Phrasen könnten da nicht helfen. Allen Funktionären, die dem Gausvorstand zur Seite standen, gebühre herzlicher Dank. Wenn alle beruflichen Kräfte ihre Aufgabe im Aufbau und nicht im Zerfallern bewährter Einrichtungen erblickten, dann brauche uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Bewährtes zu erhalten und zu verbessern, Ackerlebes und nicht mehr Zeitgemähes zu entfernen, müsse unser Wille sein! Hierauf gab Kollege König eine gedrängte Darstellung über den Verlauf der letzten reinkalkulierten Tarifauschließung. Der damals nicht zum Austrage gekommene Kampf um die Ferien usw. werde aber im Mai entbrennen, während über die Steuerungsfragen jedenfalls eine Verständigung erzielt werden dürfte. Der Lehrlingskata müsse wieder größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Durch Ausnahmen dürfe der Arbeitslosigkeit nicht noch Vorbehalt gesetzt werden. Besonders sei zu bedauern, daß die ausgearbeitete Lehrlingsordnung durch die Tarifauschließung nicht verabschiedet werden konnte. Bezüglich der Lohnaufschläge wären beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen; aber alle diese Fragen hätten eine reichhaltige Korrespondenz zur Folge gehabt, die ihn aus übersteigerte belaste. Es müsse daher erucht werden, Anfragen zunächst an den britischen Funktionär zu richten, die informativsten Zirkulare genauestens zu beachten; der neue Funktionär müsse durch seinen Vorgänger informiert und in die Geschäfte eingeföhrt werden. Aber die Verlegung des Tarifleiters vorort nach Magdeburg solle die Meinung der Delegiertenversammlung gehört werden. Der Gauslag möge entscheiden, ob an die Spitze der Organisation Männer mit festen Grundfähigkeiten gehören oder solche, die gleich einem Spielball im Meinungsstrome hin und hergeworfen werden. Es allen recht zu machen, sei eine Kunst, die niemand kann. Er könne aber für sich in Anspruch nehmen, stets das Beste gewollt und alles getan zu haben, was in seinen Kräften stand. (Starker Beifall.)

Die Aussprache über den Bericht zog sich mehrere Stunden hin. Diese hier wiederzugeben, verbleibt sich von selbst; der Raum des „Korr.“ wird durch diesen umfangreichen Bericht ohnehin schon über Gebühr in Anspruch

genommen; Stichworte mögen deshalb genügen. Der Schriftführer.) Vorgelegt wurde eine vom Vorlande des Ortsvereins Halle unterzeichnete Eingabe an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Regierung solle dadurch veranlaßt werden, der drohenden großen Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe nachdrücklich entgegenzuwirken und der Sabotage der Verleger entgegenzutreten. Zwei Wege werden in der Eingabe gezeigt: entweder Sozialisierung des gesamten Verlagsbuchhandels oder aber der Staat gründet im Anschluß an die Universitäten und Hochschulen eigene Verlagsunternehmen. Dieser Eingabe stimmte die Delegiertenversammlung einstimmig zu. In Verlegerkreisen werde durch Zurückziehung der Manuskripte Sabotage getrieben. Die Arbeiterschaft könne und wolle uns nicht verfehlen; sie mache uns den Vorwurf der Verleugerei und Harmoniebusel, ob zu Recht oder Unrecht ist dahingestellt. Von links und rechts suche man die Arbeiterschaft zu zersplittern, die Extreme arbeiteten sich hierbei in die Hände. Der Gutenbergbund suche unter den Verbandskollegen für sich Mitglieder zu fangen. Auf die Demobilisierungsbefehle könne man nicht verzichten, ebensowenig auf die Entschädigung bei Verkürzungen. Die Ferien sollten nach der Berufsaughörigkeit geregelt werden. Verkürzung der Arbeitszeit müsse gefordert werden. Bezüglich der Bezahlung der Generalstreiktagelasse hätte von Regierungs- und von Verbandsseite ein größerer Druck ausgeübt werden sollen; an manchen Orten sei ja die Bezahlung erfolgt. Den Generalstreik betreffend müßte die Generalratsmission Richtlinien aufstellen. Während des Krieges ständen die Führer oft allein hinter den aufgestellten Forderungen, erkleulicherweise ständen jetzt die Mitglieder dahinter, der Verbandsbeitrag müßte schon längst automatisch erhöht werden, den Steuerungsfragen entsprechend. Bei den Buchdruckern sei von freibühlichem Geiste bisher noch nichts zu spüren. Mit so schmählichem Reklut brauchte selbst in einen wirtschaftlichen Streik getreten zu werden. Die Politik könne nicht immer aus den Gewerkschaften ausgeföhrt werden. Wären die Buchdrucker hofenbehold, dann hätten sie die Arbeiterpresse nicht stillgelegt. Sozialisierung der Presse und Prehsfreiheit. Wo die sozialistische Presse verboten wurde, müßten die bürgerlichen Zeitungen stillgelegt werden. Der Verband dürfe nicht Unterstützung, sondern müsse Kampforganisation sein. Papierwucher und hohe Dividenden. Der Generalstreik sei die einzige Waffe der Arbeiterschaft, die Malleier usw. Wo es wegen der letzten Steuerungsauflage zu ernsteren Bewegungen und Umständen kam, wurden von den Rednern entsprechende Ausführungen gemacht und kritische Bemerkungen daran geföhrt. Mit der Tätigkeit des Gausvorstandes, insbesondere des Kollegen König, erklärten sich die Redner wiederholt einverstanden.

In seinem Schlusswort ging Kollege König auf die verbleibenden Ausführungen ein, zum Teil unterstützend, er die meisten, auch andere, Welle, er. Strömer richtig.

Bei Punkt 6: „Ausstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl für die Generalversammlung des Verbandes“, wurde die Mitteilung gemacht, daß Pölpal nicht mehr als Tagungsort in Frage komme, sondern vom Verbandsvorstande nunmehr Nürnberg bestimmt wurde. Dazu wurde folgende Entschließung der Versammlung unterbreitet: „Der am 18./19. April 1920 in Halle tagende Gauslag des Gauses An der Saale 1920 dem Verbandsvorstande sein tiefstes Befremden darüber aus, daß als Tagungsort der Generalversammlung die weit im Süden des Reiches liegende Stadt Nürnberg gewählt worden ist. Bei den jetzigen sehr heißen Temperaturen läge es im Interesse der Verbandskollegen, daß ein Ort in zentraler Lage Deutschlands bestimmt worden wäre. Magdeburg hatte auf Anfrage des Verbandsvorstandes sich sofort bereit erklärt, die Generalversammlung in seinen Mauern aufzunehmen.“ Diese Entschließung fand einstimmige Annahme. Der Gaus hat sieben Delegierte zur Generalversammlung zu entsenden. Dem allgemeinen Verlangen, die Provinz genügend zu berücksichtigen, wurde Rechnung getragen und 24 Namen auf die Kandidatenliste gesetzt.

Hiadan wurde Punkt 3: „Information über die finanzielle Lage des Gauses“, eingeleitet. Hierzu hatte der Kollege Ohls einen schriftlichen Bericht verfaßt, der vom Kollegen Schindelhauer vorgelesen und ergänzt wurde. Nur einige Ziffern sollen hier festgehalten werden: Die Mitgliederzahl ist im Jahre 1919 von 2234 auf 3324 gestiegen, damit ist die Höchstzahl vor dem Krieg überschritten. Das Vermögen der Gaukasse ist auf 51 739,21 Mark gestiegen; das war aber nur möglich infolge der außerordentlichen Zuwendung seitens der Verbandskasse im Höhe von 10 055 Mk. Die Ortskassen hatten am Schluß des Jahres ein Vermögen von 33 553,41 Mk. Im Anschluß teilte Kollege König mit, daß mit Beginn des neuen Jahres eine Erhöhung des Gausbeitrages um 10 Pf. eingetreten sei. Von der Notwendigkeit überzeugt, hatte der Gausvorstand den Bezirksleitern die Erhöhung vorgeschlagen. Neun Bezirksleiter stimmten ihr auch zu, während der Bezirk Halle, der die Dringlichkeit verneinte, seine Zustimmung erst nachträglich gegeben hat.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Abstimmung nachgeholt betreffend Verlegung des Tarifleiters vorort von Halle nach Magdeburg. Nach längerem Für und Wider wurden für Magdeburg 24 Stimmen abgegeben, während sich die große Mehrheit für Halle entschied.

Punkt 7: „Anträge zum Gausprogramm“. Der abgeänderte Antrag des Gausvorstandes zu § 8: „Der stellvertretende Geschlechtsrat gehört dem Gausvorstande mit beratender Stimme an“, wurde nach kurzer Begründung einstimmig angenommen. Der Antrag Halle zu § 9: „Beschlüsse dringlicher Natur, vom Gausvorstand und den Bezirksleitern geföhrt, sind vor ihrem Inkrafttreten dem

Bezirksvororten zur Befugung und Genehmigung vorzulegen", wurde mit mehr Mitbestimmungsrecht und größerer Demokratie begründet. Die Nachbeseitigung des Vorkommendes sollen dadurch eingeschränkt werden. Alle auswärtigen Redner wandten sich gegen den Antrag, der schließlich gegen sieben Stimmen abgelehnt wurde. Durch die Ablehnung des vorstehenden war ein weiterer Antrag, im § 21 Abs. 2, den zweiten Satz zu streichen, hinfallig geworden. Ein Antrag Wertingerode zu § 10: "Der Gauauftrag sollte beschließen, daß die den einzelnen Ortsvereinen zustehende prozentuale Rückgewähr der Verbandseinnahmen auf 6 Proz. erhöht wird", wurde erst zurückgestellt, dann aber zurückgezogen, nachdem darauf hingewiesen, daß erst abgemerkt werden müsse, welche Rückgewähr die Generalversammlung beschließen werde. Zu § 13 lagen folgende drei Anträge vor: "a) Der Gauauftrag findet nach Bedarf statt. Die Bedürfnisfrage entscheidet die alljährlich stattfindende Bezirksleiterkonferenz. Nach jeder ordentlichen Generalversammlung des Verbandes muß ein Gauauftrag stattfinden. Ein außerordentlicher Gauauftrag kann vom Vorstand und muß von demselben einberufen werden, wenn ein Fünftel der Mitglieder dies beantragt. Wenn auf dem vorübergehenden Gauauftrag nichts anderes beschloffen, findet derselbe am Vororte statt. (Gauvorstand.)" "b) Sollte die Abhaltung eines nochmaligen Gauauftrags nach der Generalversammlung aus finanziellen Gründen nicht möglich sein, so ist eine mindestens zwölfstellige Kommission zu wählen, die das Gauauftrag nebst Unterstützungsreglement den Beschlüssen der Generalversammlung anpaßt. Der Gauvorstand hat hierbei Sitz und Stimme. (Ortsverein Magdeburg.)" "c) Unterstützungsreglement und Gaubeiträge sind auf einem Gauauftrag zu beschließen, der nach der Generalversammlung des Verbandes stattfindet. (Ortsverein Halle.)" Die Befürworter erluchten, die Gauaufträge aus praktischen Gründen nach der Generalversammlung abzuhalfen, damit die von dieser gefassten Beschlüsse verwertet werden könnten. Für die Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung siehe sich auch ein anderer Modus schaffen. Für die Durchberatung der Generalversammlungsanträge hätte den Gauauftrag meist keine oder nur beschränkte Zeit zur Verfügung gestanden. Von den Gegnern wurde der Gauauftrag vor der Generalversammlung aus organisatorischen Gründen für wichtiger gehalten, denn nach der Generalversammlung würde der Gauauftrag in der Hauptsache doch nur geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen haben. Der Antrag b) sollte nicht in das Gauauftrag aufgenommen werden, sondern nur für diesmal Geltung haben. Nachdem der Vorstandsantrag mit 41 gegen 38 Stimmen angenommen war, wurden die Anträge b) und c) zurückgezogen. Es entspann sich eine längere Debatte darüber, wie in diesem Jahre verfahren werden sollte. Diese wurde durch Annahme eines Antrags des Kollegen Giffel: "Die Bezirksleiter haben die Beschlüsse der Generalversammlung in das Gauauftrag einzuarbeiten", beendet. Der Antrag d: "Die Beiträge sind in einem in Händen der Mitglieder befindlichen Mitgliederbuch seitens des Orts- bzw. Druckereifachleiters einzutragen. (Ortsverein Halle)", wurde abgelehnt. Es wird erwartet, daß der Verband einen derartigen Ausweis einführen wird; sollte das nicht der Fall sein, dann mögen sich die Ortsvereine selbst helfen, wie es andre bereits getan haben. Zu § 14 beantragte der Ortsverein Magdeburg, daß in Zukunft die Gauauftragsdelegierten nicht mehr bezirksweise, sondern durch die Druckereifachleiter gewählt werden sollen, und zwar auf je 75 Mitglieder ein Delegierter und dann auf je weitere 75 Mitglieder ein Delegierter mehr, wobei überschüssige 50 und mehr Mitglieder für vier zählen. Die Vertretung der kleineren Druckereifachleiter sollte hierbei so gestaltet werden, daß diese zusammengelegt werden, um unter sich einen Delegierten zu wählen. Die Zusammenlegung der Orte sollte der Gauvorstand bestimmen. Der Ortsverein Halle beantragt: "Der Gauvorstand in seiner Gesamtheit sowie sämtliche Bezirksleiter haben an den Verhandlungen des Gauauftrags teilzunehmen, jedoch nur mit beratender Stimme." Magdeburg bezweckte mit seinem Antrag außer einer gerechteren Vertretung der kleineren Druckereifachleiter eine Verringerung der Delegiertenzahl und daß auf dem Gauauftrag nur gewählte Delegierte Stimmrecht haben; daß also die Bezirksleiter ebenfalls der Wahl unterliegen sollten. Halle wollte wohl die Teilnahme der Bezirksleiter auf dem Gauauftrag, ihnen jedoch das Stimmrecht nehmen. Für den Antrag Halle wurden 32 Stimmen, für den Antrag Magdeburg 26 Stimmen abgegeben; beide Anträge sind somit abgelehnt. Gegenüber wurde der Teil des Magdeburger Antrags, daß auf je 75 Mitglieder ein Delegierter zu entsenden ist, mit großer Mehrheit angenommen. Folgender Antrag: "Die im Bezirk befindlichen kleineren Druckereifachleiter sollen von den Bezirksvorständen bearbeitet werden. Da der Gauvorstand nicht über die nötige Zeit verfügt, so soll durch die Bezirksvorstände hierdurch eine Entlastung eintreten. (Ortsverein Zella)", wurde mit der Erklärung des Kollegen König, daß in der Praxis schon danach verfahren werde, daß aber zum Abschluß tariflicher Angelegenheiten nur die Tarifkommissionen berechtigt seien, als erledigt angesehen. Der Antrag Magdeburg zu § 21: "Der Gaubeitrag ist entsprechend zu erhöhen", wurde zurückgezogen.

Zum Unterstützungsreglement lag eine Reihe von Anträgen auf Erhöhung der Zuschüsse zu den einzelnen Unterstützungen vor. Vom Gauvorstand und einzelnen Delegierten wurde darauf hingewiesen, daß die Durchführung dieser Anträge nicht ohne wesentliche Beitragserhöhung möglich sein würde. Mit der Forderung, den Verband mehr als Kampforganisation auszubauen, stehen sich diese Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen fastrecht vereinbar. In manchen Gauen kenne man die Zuschüsse zu einzelnen Unterstützungsgruppen überhaupt nicht, deshalb muß die Generalversammlung dazu kommen, diese zu

zentralisieren. Schließlich habe auch die Beitragshöhe ihre Grenze. Daß die Gesamtergebniserhöhung auf 2 Mk. pro Tag und für jedes Kind unter 14 Jahren auf 50 Pf. pro Tag erhöht wird, ferner, daß durchgehende sowie nichtbezugsberechtigte konfessionslose Mitglieder am Ort eine Wochenachtsunterstützung von mindestens 10 Mk. erhalten sollen, wurde vom Gauvorstand versprochen. Hierauf wurden sämtliche hierzu gestellte Anträge der nächsten Bezirksleiterkonferenz überwiesen.

Bei Punkt 8: "Festsetzung des Beitrags zur Gaukasse", erhielt der Gauvorstand Vollmacht, nötigenfalls eine Beitragsserhöhung durch eine Bezirksleiterkonferenz beschließen zu lassen.

Zu Punkt 9 lag ein Antrag vor, "den Vorort des Gaus von Halle nach Magdeburg zu verlegen" und namentlich darüber abzustimmen. Begründet wurde der Antrag, wie schon vorher den Tarifkreisvorort betreffend, damit, daß Magdeburg der größte Druckort des Gaus und des Tarifkreises sei. Viele andre Verbände wären dazu übergegangen, ihre Gauleitung nach Magdeburg zu verlegen, und das Interesse des werdenden Industrieverbandes gebiete es, daß auch die Buchdrucker dem Beispiel anderer folgen. Als Gegen Gründe wurden angeführt, zur Verlegung des Vorortes sei kein stichhaltiger Grund vorhanden, denn die Interessen des Gaus und des Kreises würden in Halle mindestens so gewahrt, als es in Magdeburg der Fall sein könnte; von keiner Seite könne gesagt werden, daß in Halle zum Schaden der Organisation etwas vernachlässigt sei. Zudem sei die geographische Lage Magdeburgs ungünstiger als die von Halle, was der höheren Reisekosten usw. wegen wohl zu berücksichtigen sei, und wenn man historische Momente mitbringen lasse, dann müsse man Halle als Vorort lassen. Die namentliche Abstimmung hatte als Resultat für Magdeburg 38 und für Halle 40 Stimmen, so daß Halle als Vorort bleibt.

Nunmehr wurde die Wahl des Gauvorstandes vorgenommen. Der Gauvorsteher ist angefallen. Der bisherige Schriftführer wurde wiedergewählt. Vor der Wahl eines neuen Gauverwalters für den bisherigen Kollegen Ohls, der nach langer Krankheit seine Invaldität beantragt hat, nahm der Gauvorsteher Gelegenheit, dessen große Verdienste während seiner zwanzigjährigen Tätigkeit gebührend zu würdigen. Dem Kollegen Schindelhauer als Aushilfe gebühre ebenfalls Dank. Nach dem Gauauftrag hätte die Wahl durch die Bezirksleiter und den Gauvorstand zu erfolgen, um aber den Selbstirrigungen Rechnung zu tragen, wurde die Wahl unter den bei der Ausschreibung sich gemeldeten vier Bewerbern dem Gauauftrag überlassen. Die nun vorgenommene geheime Wahl ergab, daß von 81 abgegebenen Stimmen 61 auf den Kollegen Gabriel (Halle) entfielen, der dadurch mit großer Mehrheit als Gauverwalter gewählt ist. Die übrigen Bewerber erhielten 12, 7 und eine Stimme. Der Gewählte dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und erklärte, er werde dieses Vertrauen zu rechtfertigen wissen, indem er mit seiner ganzen Periode für die Organisation und den Gau einstehe. Da Kollege Gabriel stellvertretender Gehilfenvertreter ist, kommt der unter Punkt 7 zu § 8 des Gauereglements gefasste Beschlus, daß er dem Gauvorstande mit beratender Stimme angehören solle, vorläufig nicht zur Geltung.

Punkt 10: "Die Remunerationen für den Schriftführer, die Beiläger und die Bezirksleiter werden um 100 Proz. erhöht." Bei diesem Punkte wurde dem Gauauftrag Kenntnis gegeben, in welcher Weise die Gehaltsfrage des Kollegen Ohls während seiner Krankheit geregelt wurde, und die Bitte vorgetragen, ihn auch fernerhin im Gauverwaltungsamt zu beschäftigen, soweit es ihm sein leidender Zustand gestatte. Eine Entlastung besonders des Gauvorstehers von der Bureauarbeit sei unbedingt notwendig; da sei die weitere Mitarbeit des Kollegen Ohls sehr zu wünschen. Mehrere Redner brachten zum Ausdruck, sie hätten es lieber gesehen, wenn der Gauvorstand dem Kollegen Ohls in finanzieller Beziehung noch größeres Entgegenkommen gezeigt hätte. Als ganz selbstverständlich wurde es gehalten, daß der Bitte um Weiterbeschäftigung stattgegeben und bei der Entschädigung nicht engherzig verfahren wird. Unter allgemeiner Zustimmung wurde die Regelung dieser Angelegenheit dem Gauvorstand übertragen.

Punkt 11: Die Summe, die dem Gauvorstande zum Zweck außerordentlicher Unterstützungen zur Verfügung steht, wurde auf 1000 Mk. erhöht.

Punkt 13: "Die Wahl des Orts für den nächsten Gauauftrag", fiel in erster Linie auf Halberstadt, in zweiter Linie auf Magdeburg.

Aber den zurückgestellten Punkt 5: "Beratung der Anträge zur Generalversammlung" wurde eine Generaldiskussion eröffnet, und zuerst mitgeteilt, daß unter Gauvorsteher König der Generalversammlung als zweiter Vorsitzender des Verbandes vorgeschlagen werden wird. Der Gau würde den Kollegen König nur ungern verlieren. Die einzelnen Anträge zu beraten, verbot die noch verbliebene Zeit. Die Redner beschränkten sich deshalb auf die prinzipiellen Fragen und behandelten besonders das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder, Tarifpolitik, Demokratie, Graphischer Industrieverband, Sozialisierung, Bekämpfung der Gewerkschaftsopposition, Abbau der Unterstützungen und Kampfsfonds, Neutralität und Parteipolitik, Lehrpläneorganisation usw. Ein Redner hob hervor, die weitere Mitarbeit der alten Funktionäre wolle man nicht missen, aber man erwarte, daß sie sich ebenfalls einen Ruck nach links geben. Die Diskussion war sehr ergebnisreich, der Vorsitzende konstatierte aber, daß sie im allgemeinen durchaus auf der Höhe der Zeit stand.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Kollege Engels (Magdeburg) dankte im Namen der auswärtigen Delegierten für die Gastfreundschaft, die sie in den Kollegenfamilien gefunden hätten, ebenso für die wohlgeungene

Abendunterhaltung des Ortsvereins Halle und dem Vorstande für die Geschäftsführung.

Kollege König hoffte, daß alle Teilnehmer die besten Eindrücke davontragen. Mit der Mahnung zur Einigkeit und in der Erwartung, daß auch bei kommenden Kämpfen sich die alle Solidarität der Buchdrucker immer wieder von neuem bewähren werde, schloß er den Gauauftrag mit einem dreifachen Hoch auf den Verband um 4 1/2 Uhr.

Storrespondenzen

Berlin. Ihr 50jähriges Berufsjubiläum konnten hier in den letzten Jahren die nachfolgenden Kollegen begießen: Otto Appuhn, Albert Berger, Adolf Dietrich, Bruno Dörfler, Robert Gantlich, August Kolchinsk, Robert Kullus, S. Ewskädi, Wilhelm Michel, Robert Müller, Roman Obst, Paul Raubal, Karl Strahl, Theodor Schneider, Julius Schwarz, Albert Wähler. Sämtliche Kollegen waren entweder viele Jahre davon in der Druckerei der "Vollständigen Zeitung" oder bei der Firma Willest & Co. in Berlin tätig. Während sechs von ihnen schon Invalide sind, ist es den andern zehn Jubilaren vergönnt, trotz ihres hohen Alters noch rüstig an ihrem Platz im Hause Willest zu schaffen. Wegen die eigentlichen Jubeltage aus einige Zeit zurück, so liegen die letzten unruhigen Jahre ein festliches Begehren der Jubilaren nicht zu. Dies soll nun in einer gemeinsamen Feier am Sonntag, dem 9. Mai, vormittags 10 Uhr, in den "Vereinshallen" nachgeholt werden. Dieser Tag wird die würdigen Berufsjubilare mit einem großen Teil ihrer Geschäftskollegen festlich vereinen.

—ss. Braunschweig. Ihr 50jähriges Berufsjubiläum beging am 26. April der Korrektor Hermann Mack und der Setzer Wilhelm Rübsand. Kollege Mack lernte 1875 bei Bruns (jetzt Appelhaus) aus. In den Jahren 1876 und 1878 hat er auf der Wanderlust Nord-, West-, Süd- und Mitteldeutschland bereist und in Kalkreuthausen, Straßburg und Hölzer konfessionell. Seit 1880 ist er dauernd in Braunschweig und seit langem bei der Firma George Weltermann beschäftigt. Seine überaus geschickte Arbeitskraft hat er aber auch im Verbands- und Berufsvereinen, in der Genossenschaftsbewegung usw. stets der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt. So ist er lange Jahre als zweiter Vorsitzender im Ortsverein tätig gewesen und im Konsumverein als Aufwärtsschlichter. Ganz besondere Verdienste hat er sich jedoch um die "Niederelaf. Gutenberg" erworben, deren erster Vorsitzende er seit 1882 war. Erst in diesem Jahre hat man ihn auf seinen Wunsch von diesem Amte befreit, das er 38 Jahre ununterbrochen zum Segen der "Niederelaf" innehatte und die ihm in Anerkennung seiner Verdienste "Vater" und "Vater" den Ehrenvoritz überließ. Kollege W. Rübsand lernte 1875 bei Johann Heinrich Meyer aus. Er konfessionierte dann in verschiedenen Druckereien Braunschweigs und trat im Jahre 1900 wieder in seiner Lehrdruckerei in Arbeit, in der er noch heute beschäftigt ist. Im Organisationsleben hat auch er stets fahrrichtig mitgearbeitet. So hat er im Verbandsverband über zehn Jahre das Amt eines Reviseurs bekleidet und als Druckereivertrauensmann lange Zeit der Kollegenschaft zur Seite gestanden. Auch in der "Niederelaf Gutenberg" hat er über ein Dutzendmal als zweiter Vorsitzender gewirkt. Beide Kollegen stehen auch auf der Liste der Verbandsjubilare. Zahlreiche Aufmerksamkeiten und Ehrungen sind ihnen an diesem Tage von der Kollegenschaft geworden. Wir entziehen den Jubilaren auch an dieser Stelle unsere Glückwünsche und ehren sie wohl am sinnvollsten, wenn wir den jungen Kollegen empfehlen, ihrem Schaffen und Streben nachzueifern.

Hamburg. Im "Hamburger Fremdenblatt" konnten dieses Frühjahr vier Veteranen der Arbeit ihr 50jähriges Berufsjubiläum feiern. Es sind dies die Kollegen Martin Bonken, Friedrich Kramer, Hermann Loaspern und C. J. Adam. Wir wünschen den Kollegen, die alle noch sehr rüstig sind, einen frohen Lebensabend.

Cs. Wismars. Die Bezirksgeneralversammlung fand am 29. Februar hier statt. Der Jahresbericht des Vorstehers lag gedruckt vor; danach sind die tariflichen Verhältnisse im Bezirk als zufriedenstellend zu bezeichnen. Der Mitgliederbestand ist in ständigem Steigen begriffen; sämtliche Neuaufgenommenen fanden Aufnahme in unsern Reihen. Kollege Ulrich (Zweibrücken) hielt uns einen Vortrag über das Thema: "Deutschlands Lebensmittel- und Rohstoffversorgung". Der Referent gab ein Bild über die Ursachen der derzeitigen Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen und stellte fest, daß Deutschland heute leider das Paradies der Schieber und der Korruption ist. Die bisher amtierenden Vorstandsmitglieder wurden bis auf den vom Beruf abgegangenen Kollegen Thomas Wallergerwähl; an dessen Stelle wurde unser früherer Bezirkskassierer Becker wieder als solcher gewählt. Vorstehender Böhm wurde einstimmig zur Kandidatur als Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung nominiert. Den Anträgen des Verbandsvorstandes zur Generalversammlung wurde zugestimmt; dagegen konnten die Ablegen dem Antrage des Berliner Gauvorstandes betreffs Abänderung des § 1 keine Sympathie entgegenbringen. Es fand alsdann die Erörung von vier Kollegen statt, die auf eine 25- resp. 28jährige Verbandszugehörigkeit zurückblickten. Es sind dies die Kollegen Friedrich Becker, Karl Ulrich, Jakob Richter und Hermann Wörlich. Anerkennend erwähnt sei hierbei, daß unter langjähriger Bezirkskassierer Becker sowie Kollege Ulrich den größten Teil

